

Externe Einflüsse auf den ukrainischen Reformprozess: Wer bekommt was, wann und wie?

Burkhardt, Fabian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Burkhardt, F. (2015). Externe Einflüsse auf den ukrainischen Reformprozess: Wer bekommt was, wann und wie? *Ukraine-Analysen*, 148, 21-24. <https://doi.org/10.31205/UA.148.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



DIE ROLLE DEUTSCHLANDS IM UKRAINE-KONFLIKT UKRAINISCHE OLIGARCHEN IN DER FORBESLISTE

■ ANALYSE		
	Deutschland im Russland-Ukraine-Konflikt: eine politische oder eine humanitäre Aufgabe? Von Anna Kwiatkowska-Drożdż und Kamil Frymark, Warschau	2
■ UMFRAGE		
	Die Meinung der Deutschen über die Ukraine-Krise	6
■ DOKUMENTATION		
	Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko in Berlin (16. März 2015)	13
■ ANALYSE		
	Die deutsch-ukrainischen Beziehungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene: Stand und Verbesserungsvorschläge Von Oleksandra Bienert, Berlin	16
■ TABELLEN ZUM TEXT		
	Humanitäre Hilfe für die Ukraine aus Deutschland	20
<hr/>		
■ ANALYSE		
	Externe Einflüsse auf den ukrainischen Reformprozess: Wer bekommt was, wann und wie? Von Fabian Burkhardt, München	21
<hr/>		
■ RATING		
	Ukrainische Milliardäre in der Forbesliste 2015	25
<hr/>		
■ CHRONIK		
	9. – 22. März 2015	26



Deutschland im Russland-Ukraine-Konflikt: eine politische oder eine humanitäre Aufgabe?¹

Von Anna Kwiatkowska-Drozdź und Kamil Frymark, Warschau

Einleitung

Seit dem Beginn des Russland-Ukraine-Konflikts kann man in Deutschland tiefgreifende Veränderungen der Wahrnehmung Russlands, seiner politischen Eliten und seiner Außenpolitik beobachten. Das Vertrauen der meisten deutschen Politiker gegenüber ihrem ehemaligen strategischen Partner hat inzwischen nachgelassen. Gleichzeitig war Deutschland teilweise in den Prozess zur Lösung des Konflikts involviert, vor allem durch seine enormen diplomatischen Bemühungen. Als dieser scheiterte, zögerte Kanzlerin Angela Merkel nicht, Wirtschaftssanktionen ein- und fortzuführen. Die veränderte deutsche Wahrnehmung von Russland übertrug sich jedoch keineswegs auf die beiden Grundannahmen der deutschen Einstellung in Bezug auf eine mögliche Lösung des Konflikts. Erstens unterstützt die deutsche Politik das Konzept des »strategischen Abwartens« im Kontext der russischen Aggression. Zweitens ist Deutschland überzeugt, dass es Europas Bestimmung ist, mit der Russischen Föderation zu kooperieren. Europas Wohlstand und Sicherheit sind nur möglich, wenn Russland weiterhin ein kooperativer Partner ist. Demzufolge ist in der nahen Zukunft keine radikale Veränderung der erwähnten deutschen Politik zu erwarten. Dies wirft nicht nur Fragen nach der Effektivität der derzeitigen Maßnahmen Berlins auf, sondern – in einem weiteren Sinne – auch solche nach Deutschlands Fähigkeit, zu verhandeln und reale politische Lösungen im Russland-Ukraine-Konflikt zu erreichen, die über eine (erneute) Waffenruhe hinausgehen. Das Minsker Abkommen vom 12. Februar kann im Sinne einer humanitären Mission, die in der Hoffnung abgeschlossen wurde, die Zahl der Opfer zu verringern, als Erfolg angesehen werden. Die von Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier unternommene politische Mission bezüglich der »Sicherstellung der europäischen Sicherheitslage« resultierte bislang jedoch in einem Gefühl der Hilflosigkeit und Frustration, das die deutsche Politik gegenüber Russland in letzter Zeit dominiert hat.

Die deutsche diplomatische Offensive

Für Deutschland ist der Ukraine-Russland-Konflikt gleichbedeutend mit der Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität eines europäischen Staates und seine mögliche Eskalation wird als Auftakt zu einem weiteren bewaffneten Konflikt in Europa angesehen. Aus diesem Grund war die Aufgabe, eine Lösung für den Konflikt zu finden, für Berlin die bedeutendste Aufgabe seiner Außenpolitik seit der Wiedervereinigung Deutschlands. Aus Sicht der deutschen Politiker ist die einzige Methode zur Lösung des Konflikts die Doktrin des »strategischen Abwartens«. Sie stellt die nachhaltige und konsistente Verfolgung der eigenen Politik sicher, auch wenn sie häufig Fehlschläge mit sich bringt.

Den unmittelbaren Anlass für die deutsch-französische Initiative bildete die Eskalation der militärischen Ausschreitungen im Donezbecken während des Besuchs von Kanzlerin Merkel und Präsident Hollande in Kiew (am 5. Februar) und Moskau (am 6. Februar), die dort einen Waffenstillstand vereinbarten und die Bedingungen für dessen Überwachung festlegen wollten. Auch die Debatte über die Legitimität möglicher Waffenlieferungen der NATO-Staaten an die Ukraine spielte eine bedeutende Rolle, da eine solche Aktion zu starken Verstimmungen zwischen den USA und Deutschland führen könnte. Außerdem war das Gefühl, dass das bisherige diplomatische Vorgehen gescheitert war, von großer Bedeutung; Außenminister Steinmeier erwähnte mehrfach seine Enttäuschung über mangelnde Fortschritte bei den Verhandlungen.

Kanzlerin Merkel änderte bei dem Treffen mit Präsident Putin in Moskau ihre ursprüngliche Position. Vor diesem Treffen hatte sie sich noch für klare Fortschritte bei der Deeskalation des Konflikts als Bedingung für ein Treffen mit dem russischen Präsidenten im sogenannten Normandie-Format ausgesprochen (diese Art von Treffen war ursprünglich für Mitte Januar in Astana geplant gewesen). Ferner wich sie von ihrer Einstellung ab, ein Treffen in Moskau zu boykottieren (das mehrere deutsche Politiker und Experten schon lange gefordert hatten). Wegen der erneuten Offensive der durch Russland unterstützten Rebellen Mitte Januar und der wachsenden Zahl von Gefallenen im Donezbecken und in Mariupol entschied sich Kanzlerin Merkel jedoch, persönlich am Verhandlungsprozess teilzunehmen, um einen Waffenstillstand zu erreichen. Diese Entscheidung wurde außerdem durch die zurzeit in den

¹ Dieser Artikel ist erstmalig am 18.02.2015 auf der Webseite (<http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2015-02-18/germany-russian-ukrainian-conflict-a-political-or-a>) des Zentrums für Osteuropastudien (OSW) erschienen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt für die Erlaubnis zum Nachdruck.

USA laufende Debatte über mögliche Waffenlieferungen an die Ukraine beeinflusst.

Kanzlerin Merkel schloss diese Möglichkeit kategorisch aus (zum Beispiel sprach sie sich auf der Münchener Sicherheitskonferenz dagegen aus); in ihren Augen birgt sie das Risiko, den Konflikt zu eskalieren. Ihre Bereitschaft zu dem Treffen in Minsk war darüber hinaus durch das Scheitern der deutschen Diplomatie motiviert, die überwiegend durch Außenminister Steinmeier betrieben worden war. Seit dem Beginn der Krise versuchte Deutschland, ein verbindliches Abkommen über einen Waffenstillstand zu erreichen. Dies war das Konzept hinter dem am 5. September 2014 unterschriebenen Minsker Abkommen und dem am 19. September 2014 unterschriebenen Protokoll. Für Deutschland stellen diese Dokumente die Basis für weitere politische Verhandlungen dar und Kanzlerin Merkel machte eine mögliche Aufhebung der gegenüber Russland verhängten Sanktionen von der vollständigen Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen abhängig.

Das zur Lösung des Konflikts im Donezbecken beschlossene Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015 machte den Weg für einen Waffenstillstand frei. Es machte jedoch der Ukraine mehr Auflagen als den Separatisten. Russland könnte das Abkommen zudem nutzen, um der Ukraine die Nichteinhaltung von Bestimmungen vorzuwerfen, während eine vollständige Befolgung der den Separatisten gemachten Vorschriften deren Legitimation bewirken könnte. Gleichzeitig erlaubt das Abkommen Russland nicht, seine strategischen Ziele gegenüber der Ukraine zu realisieren. Das könnte zu der Annahme führen, dass das Dokument nur eine temporäre Deeskalation des Konflikts ermöglicht. Doch selbst eine lückenhafte Lösung wie diese würde es Deutschland und Frankreich erlauben, ihr Gesicht zu wahren. Darüber hinaus betrachten Teile der öffentlichen Meinung in Europa dies sogar als Beweis dafür, dass Deutschland eine Art Test bezüglich seiner Führungsrolle bestanden hat.

Russland – eine strategische Herausforderung

Ungeachtet der Bemühungen, eine verbindliche politische Vereinbarung zu treffen und den Konflikt mit diplomatischen Mitteln zu lösen, sprich eine »politische Aufgabe« auszuführen, wurde Deutschland mit dem russischen Widerwillen gegenüber einer Kooperation konfrontiert. Als Konsequenz daraus hat Deutschland seine Erwartungen kontinuierlich gesenkt, bis aus der politischen de facto schließlich eine »humanitäre Aufgabe« mit begrenztem Ziel wurde: die militärischen Übergriffe aufzuhalten und die steigenden Opferzahlen zu stoppen.

In einem größeren Kontext betrachtet hat Deutschland Russland schon vor dem aktuellen Konflikt als Staat mit immensem Zerstörungspotential angesehen. Gleichzeitig ist Berlin überzeugt, dass Russland, komme was wolle, der wichtigste Nachbar der EU bleibt und dass die Sicherheit Europas »nur mit Russland, nicht gegen es« zu realisieren ist. Des Weiteren schließt Deutschland die neutrale Möglichkeit, einen Sicherheitsraum »neben Russland« aufzubauen, aus. Vielmehr sieht es in Russland einen wichtigen Partner, ohne den viele internationale Konflikte unmöglich gelöst werden können (etwa die iranische Atomprogrammkrise oder der Syrien-Konflikt). Aus diesem Grund wurden in Deutschland Stimmen lauter, die den Einsatz einer Doppelstrategie gegenüber Russland forderten. Diese Doppelstrategie, *conngagement* genannt, ist eine Kombination aus einer Politik der Zurückhaltung (*containment*) und einer des Engagements (*engagement*). Diese Annahme wurde zur Grundlage weiterer Kooperationsangebote an Russland (inklusive einer Erneuerung der Partnerschaft zwecks Modernisierung und Unterzeichnung des Freihandelsvertrags zwischen EU und Eurasischer Union). Die Kooperationsangebote wurden Russland nicht nur durch Deutschlands sozialdemokratischen Spitzenpolitiker unterbreitet, sondern auch durch die Christdemokraten mit Kanzlerin Merkel an ihrer Spitze. Zur selben Zeit, während des NATO-Gipfels in Newport am 4. und 5. September 2014, befürwortete Deutschland eine Stärkung der NATO-Ostflanke. Deutschland nahm 2014 an erhöhten NATO-Aktivitäten in den baltischen Staaten sowie in Polen und Rumänien teil. Außerdem hat Berlin der Kooperation mit Polen und Dänemark zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft des Multinational Corps Northeast in Szczecin zugestimmt. Dessen Ankündigungen zufolge werden 2015 deutsche Soldaten an Militärübungen in Polen und den baltischen Staaten als Teil einer erhöhten rotierenden Militärpräsenz an der Ostflanke der NATO teilnehmen.

Während des Russland-Ukraine-Konflikts verstärkte die deutsche Regierung beständig ihre Kritik an Russland. Im EU-Forum akzeptierte Berlin die Aufgabe, eine von den 28 EU-Staaten unterstützte Strategie zu entwerfen und zu implementieren (inklusive einer Verschärfung der Sanktionen, teils auch gegen den Standpunkt einiger EU-Staaten, wie nach dem Abschluss der malaysischen Passagiermaschine). Die Annahme der Rolle des Initiators einer EU-Strategie zum Ukraine-Konflikt wurde Berlin einerseits aufgedrängt, sie ist andererseits aber auch eine Konsequenz aus der deutschen Führungsrolle innerhalb der EU. Beides resultiert aus Deutschlands Vorrangstellung in der EU, aus seiner Wirtschaftsleistung, der traditionellen Verbundenheit mit Russland und aus der Schwäche der restlichen

EU-Akteure. Besonders fällt die Trägheit der EU-Institutionen auf, die bestenfalls die Funktion von »Sekretariaten« zur Unterstützung deutscher Handlungen übernehmen, sowie die Schwäche einzelner Staaten, etwa Frankreichs (aufgrund seiner wirtschaftlichen Probleme) und des Vereinigten Königreichs (das sich von der EU distanziert hat). Auch Präsident Barack Obama, der sich langsam dem Ende seiner zweiten Amtszeit nähert, ist nicht bereit, sich an einer Konfliktlösung zu beteiligen, obwohl sowohl Obama als auch Merkel beim Besuch von Kanzlerin Merkel in Washington versuchten, eine gemeinsame Haltung des Westens in der Angelegenheit zu stärken, auch wenn es »Unterschiede in den jeweiligen Ansichten der Länder« bezüglich möglicher Unterstützung für die Ukraine gäbe.

Trennlinien innerhalb der Gesellschaft

Die Haltung der Regierung Merkel bezüglich des Russland-Ukraine-Konflikts trifft bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung auf breite Zustimmung. Trotz eines Rückgangs der deutschen Exporte nach Russland (um 18 % verglichen mit dem Vorjahr) haben Wirtschaftskreise den Vorrang der Politik vor der Wirtschaft und die daraus folgenden Moskau auferlegten Sanktionen akzeptiert. Unter anderem resultiert diese Einstellung aus den guten Werten der deutschen Wirtschaft im Jahr 2014 und aus der Annahme, dass Russlands Vorgehen die Bedingungen für den Handel destabilisiert und deswegen die deutschen Wirtschaftsinteressen bedroht.

Die hohe Zustimmung in der Öffentlichkeit folgt unter anderem aus Kanzlerin Merkels Fähigkeit, die oftmals gegensätzlichen Linien der politischen und öffentlichen Debatten in Deutschland zu verknüpfen und in ihrer täglichen Regierungsroutine Kompromisse zu schließen.

Es scheint, dass Deutschlands Stimmungslage weiterhin durch zwei wesentliche Ansätze in Bezug auf Russland bestimmt ist. Auf der einen Seite gibt es immer noch die große Gruppe der *Ostpolitik*-Befürworter, die die Idee, Russlands Forderungen zu erfüllen, gutheißen und Sanktionen als ineffizientes Mittel des Kampfes zwischen den USA und Russland ansehen. Auf der anderen Seite sind mehrere Gruppen enttäuscht von den mangelnden Ergebnissen der bisher von Europa verfolgten Politik der Annäherung an Russland. Seit dem Beginn des Russland-Ukraine-Konflikts ist diese Gruppe der sogenannten *Russlandversteher* massiv geschwächt worden und immer mehr Akteure mussten eingestehen, dass Russland für Deutschland kein zuverlässiger Partner ist.

In der gegenwärtig in Deutschland geführten Debatte über Ansätze in Bezug auf den Russland-Ukraine-Konflikt verlaufen die Trennlinien zwischen den verschiedenen Anschauungen nicht entlang von

Linien der Parteizugehörigkeit. Es existiert zwar zugegebenermaßen ein Konsens darüber, dass die von Deutschland und Frankreich unternommene Initiative richtig war, die Meinungen über mögliche Waffenlieferungen oder mögliche Lösungen des Konflikts in der Ukraine gehen aber auseinander. Ein Teil der Eliten behauptet, die Ablehnung der Möglichkeit von Waffenlieferungen sei in Bezug auf die Verhandlungen mit Russland ein strategischer Fehler (diese Ansicht vertreten zum Beispiel Marieluise Beck von Bündnis 90/Die Grünen und Michael Gahler von der CDU), während andere der Meinung sind, die Ukraine solle eine verbindliche Vereinbarung über den Verzicht auf den angestrebten NATO-Beitritt unterzeichnen (Die LINKE). Ähnliche Meinungsverschiedenheiten gibt es selbstverständlich auch hinsichtlich der Sanktionen: 45 % der CDU-/CSU-Anhänger betrachten sie als angemessene Reaktion auf Russlands Vorgehen, weitere 45 % sind anderer Meinung. Von den Anhängern der Sozialdemokraten stimmen 55 % den Sanktionen zu, 41 % sind der Meinung, diese sollten verschärft werden. In beiden Fällen müssen die Koalitionsparteien eine weitere Hürde überwinden, was für deren scharfsinnige Anti-Russland-Rhetorik schädlich wäre. Auf der rechten Seite der politischen Bühne versucht die euroskeptische Alternative für Deutschland (AfD), die enttäuschten CDU-/CSU-Wähler durch Verwendung von Pro-Russland-Slogans für sich zu gewinnen. Auf der linken Seite der politischen Bühne werden dagegen deutliche Pro-Russland-Ansichten von der post-kommunistischen LINKEN verbreitet.

Trotz alledem befürworten die meisten Deutschen die Sanktionen der EU gegen Russland (65 % der Befragten einer Meinungsumfrage des Instituts Infratest dimap, durchgeführt im Februar 2015) und wünschen sich eine entschlossenerere Reaktion der EU auf das Vorgehen Russlands als bisher (55 %). Gleichzeitig befürchten 70 % der Bevölkerung eine Eskalation des Konflikts zwischen Russland und dem Westen und 48 % nehmen an, dass Russland sich durch den Westen bedroht fühlen könnte. Darüber hinaus lehnen 69 % der Deutschen eine ständige Präsenz der NATO in Osteuropa ab und 78 % der Befragten befürchten, dass Russland ein Partner wäre, dem man nicht trauen kann.

Zusammenfassung: eine humanitäre Aufgabe statt einer diplomatischen

Durch seine Beteiligung an der Lösung des Konflikts mit Russland konnte Deutschland seine Führungsrolle innerhalb der Europäischen Union stärken. Die öffentliche Debatte ist praktisch frei von Meinungen in Bezug auf Deutschlands Legitimation, die Verhandlungen im Namen der EU zu leiten. Berlin hatte eine Schlüssel-

rolle bei diesen Gesprächen inne (obwohl es sich der Gefahr, im Falle eines Scheiterns der Gespräche die eigene Glaubwürdigkeit zu verlieren, bewusst ist). Dies liegt nicht nur daran, dass Präsident Putin mit keinem anderen Land über eine Lösung des Konflikts sprechen möchte, sondern auch daran, dass ein großer Teil der EU-Staaten sowie die USA bereit sind, diese Aufgabe Deutschland anzuvertrauen. Der deutschen Diplomatie ist es trotz dieses Grads an Unterstützung anscheinend nicht möglich, einen beachtlichen Fortschritt in den Verhandlungen mit Russland zu erzielen. Allerdings gab es zahlreiche strategische Einschränkungen der deutschen Politik hinsichtlich der russischen Aggression in der Ukraine. Am stärksten werden die Verhandlungen derzeit durch die Erpressungsversuche Russlands eingeschränkt, die sich auf »Argumente der Stärke« und der »Unberechenbarkeit« stützen. Dies demonstrierten der radikale Wandel von Kanzlerin Merkels Haltung und ihre Zustimmung zu den mehrmaligen Verhandlungen in Minsk. Es waren die Eskalation der Kampfhandlungen durch die Separatisten und die große Zahl der Opfer, die Kanzlerin Merkel überzeugten, nach Moskau zu reisen und über die von Präsident Putin unterbreiteten Vorschläge zu verhandeln. Vorher war sie strikt gegen diesen Plan gewesen. Darüber hinaus haben der deutsche Außenminister und auch Kanzlerin Merkel persönlich die Möglichkeit von Waffenlieferungen an die Ukraine sofort ausgeschlossen, womit sie sich eines starken Arguments bei den Verhandlungen mit Moskau beraubten. Moskau wiederum hat mehrfach versucht, den Westen davon zu überzeugen, dass es nur unter Druck nachgeben würde (zum Beispiel ver-

ursacht durch die gemeinsamen Wirtschaftssanktionen der EU). Durch das Festhalten an dieser Methode festigte Deutschland die russische Einstellung, wonach eine Lösung des Russland-Ukraine-Konflikts nur durch die Realisierung von einem von zwei sich gegenseitig ausschließenden Szenarien möglich ist: das eine sind Diplomatie und politische Lösungen, das andere beinhaltet Waffenlieferungen an die Ukraine. Die Möglichkeit diplomatischen Vorgehens in Kombination mit der Demonstrierung militärischen Potentials ist nur für eine Seite eine Option: Russland. Angewandt vom Westen würde sie eine »Eskalation des Konflikts« bedeuten.

Es stellt sich die Frage, ob Deutschland – das sich die Verhandlungen zu leiten vorgenommen hat – weiterhin daran interessiert ist, eine diplomatische Mission zum Erreichen einer politischen Vereinbarung mit Russland durchzuführen (die Kapitulation der Ukraine nicht miteinbezogen), oder ob nur eine humanitäre Mission stattfinden soll. Ein Argument für die letztere Option wäre die Etablierung von Frieden und Stabilität in der Region und – was noch viel wichtiger ist – die Vermeidung weiterer Opfer. Diese Option würde aber gleichzeitig auch bedeuten, die Hoffnung aufzugeben, in unmittelbarer Zukunft eine politische Lösung für die Krise in der Region zu finden. Es ist zu hoffen, dass die deutsche Regierung sich bewusst ist, dass der Konflikt mit Russland in Wirklichkeit ein Konflikt über die Art und Weise der internationalen Ordnung ist. Er reicht weit über den Krieg im Donezbecken und sogar über den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hinaus.

*Übersetzung aus dem Englischen: Dennis Bereslavskij,
Redaktion: Sophie Hellgardt*

Über die Autoren:

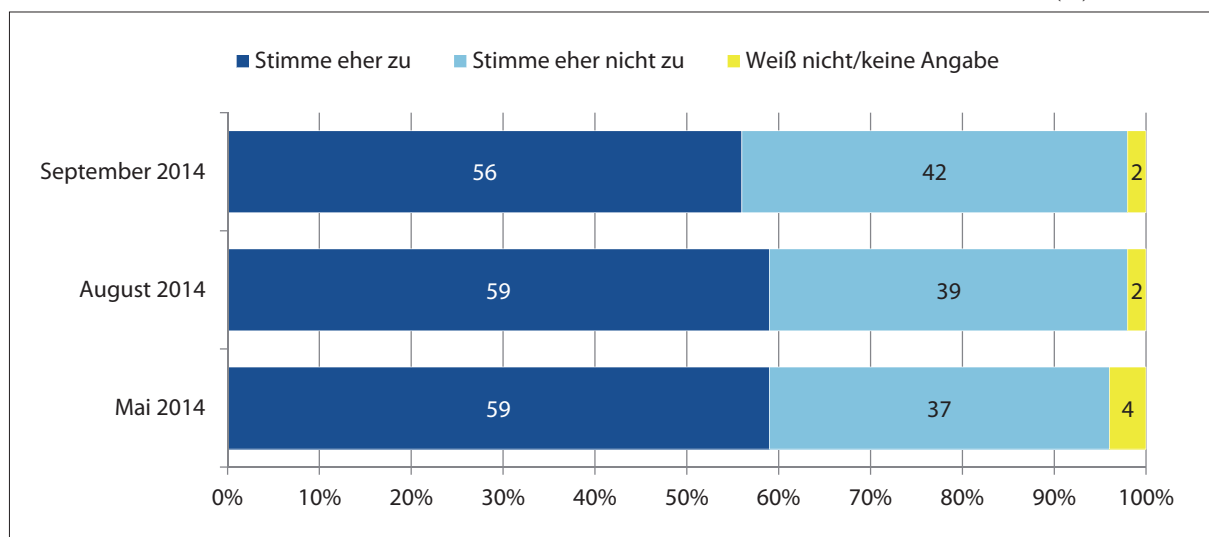
Anna Kwiatkowska-Drozdź und Kamil Frymark sind Mitarbeiter am Zentrum für Osteuropastudien (OSW) in Warschau. Anna Kwiatkowska-Drozdź leitet seit 2005 die Abteilung für Deutschland und Nordeuropa. Kamil Frymark ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der gleichen Abteilung und Doktorand am Institut für Internationale Beziehungen der Universität Warschau.

UMFRAGE

Die Meinung der Deutschen über die Ukraine-Krise

Aussagen zur Rolle Deutschlands/der EU

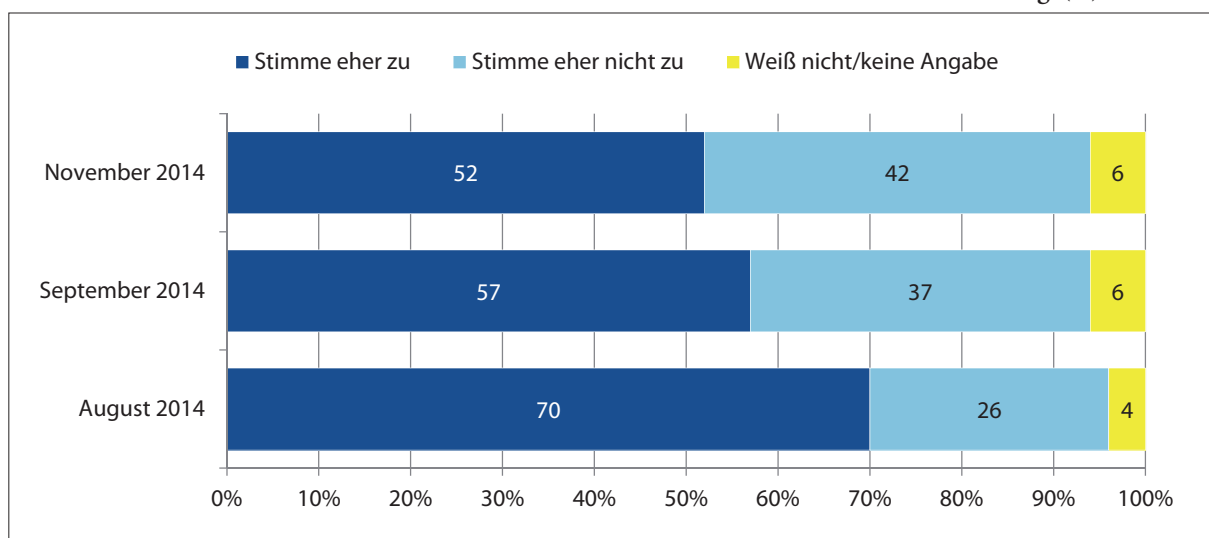
Grafik 1: Deutschland sollte eine führende Vermittlerrolle im Ukraine-Konflikt übernehmen. (%)



Anmerkung: Computergestützte Telefoninterviews. Fallzahl: ca. 1.000 Befragte. Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5%) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50%) Prozentpunkte.

Quelle: Umfragen von Infratest dimap zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung Die Welt, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1405_bericht.pdf>, <https://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1408_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1409_bericht.pdf>

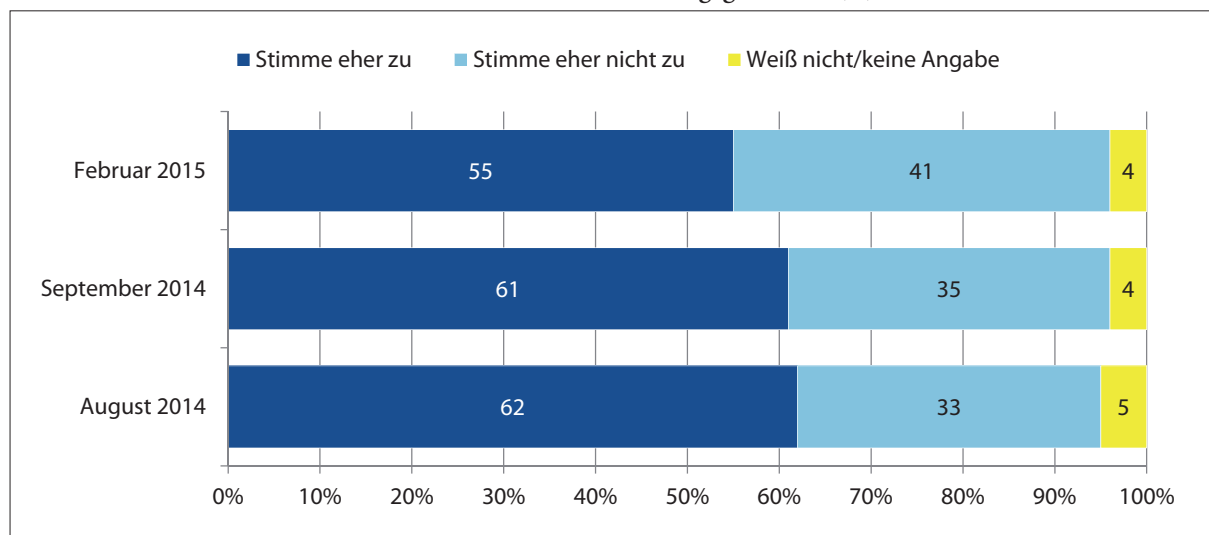
Grafik 2: Das Verhalten bzw. die Reaktionen der EU im Ukraine-Konflikt halte ich für richtig. (%)



Anmerkung: Computergestützte Telefoninterviews. Fallzahl: ca. 1.000 Befragte im August/September 2014 und ca. 500 Befragte im November 2014. Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5%) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50%) Prozentpunkte.

Quelle: Umfragen von Infratest dimap zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung Die Welt, <https://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1408_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1409_bericht.pdf>, <https://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1411_bericht_.pdf>

Grafik 3: Die EU sollte Russland entschiedener als bisher entgegenreten. (%)

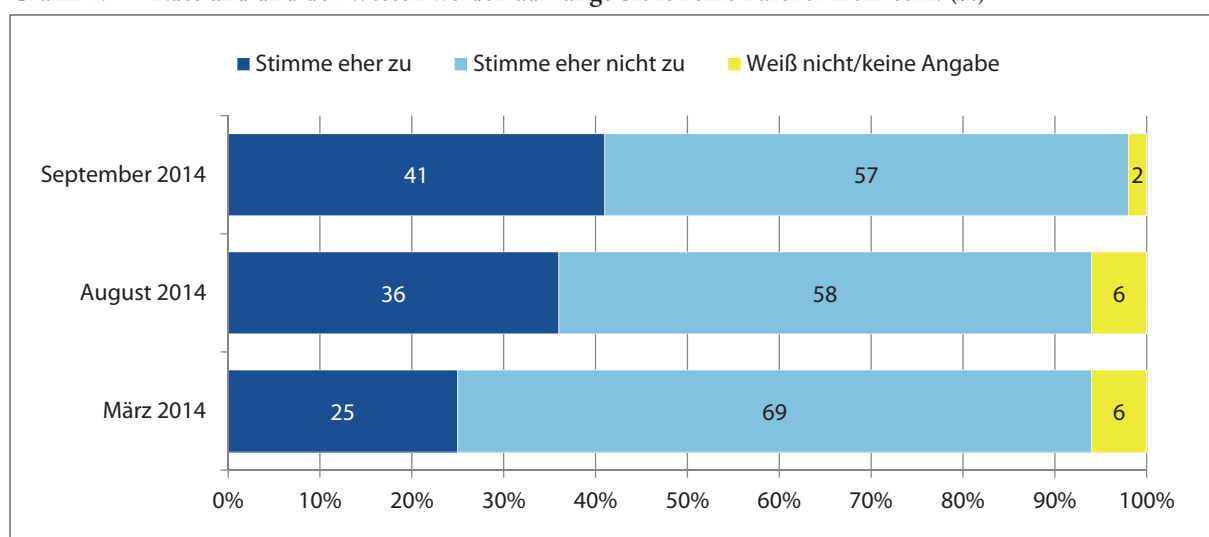


Anmerkung: Computergestützte Telefoninterviews. Fallzahl: ca. 1.000 Befragte. Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5%) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50%) Prozentpunkte.

Quelle: Umfragen von Infratest dimap zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung Die Welt, <https://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1408_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1409_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/2015.02.05_DT1502_bericht.pdf>

Aussagen zu Russland

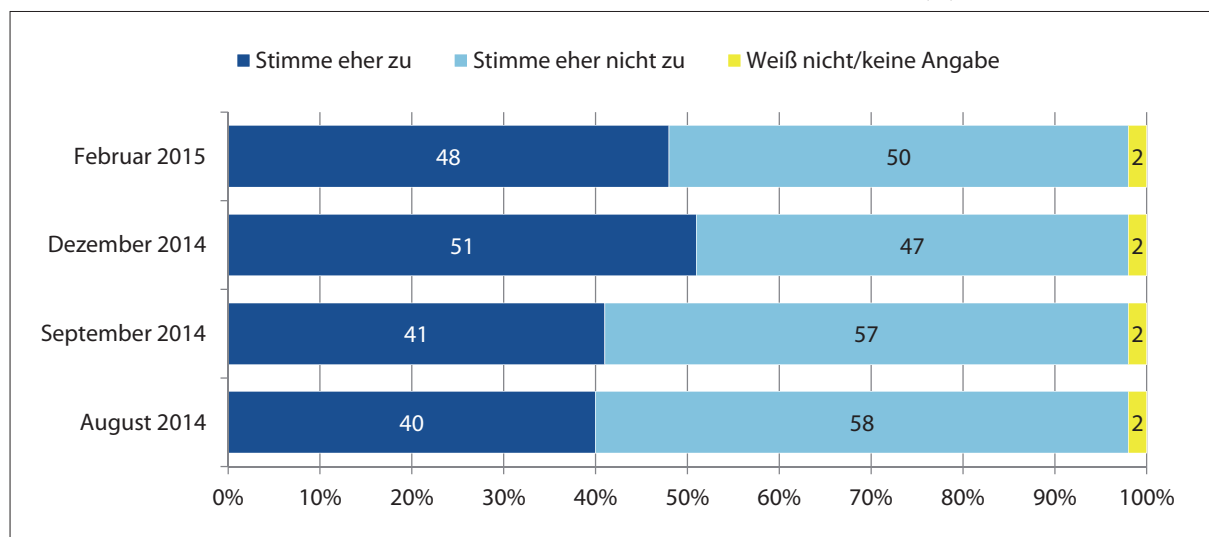
Grafik 4: Russland und der Westen werden auf lange Sicht keine Partner mehr sein. (%)



Anmerkung: Computergestützte Telefoninterviews. Fallzahl: ca. 1.000 Befragte. Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5%) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50%) Prozentpunkte.

Quelle: Umfragen von Infratest dimap zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung Die Welt, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1403_bericht_01.pdf>, <https://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1408_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1409_bericht.pdf>

Grafik 5: Ich kann nachvollziehen, dass sich Russland vom Westen bedroht sieht. (%)



Anmerkung: Computergestützte Telefoninterviews. Fallzahl: ca. 1.000 Befragte. Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5%) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50%) Prozentpunkte.

Quelle: Umfragen von Infratest dimap zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung Die Welt, <https://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1408_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1409_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1412_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/2015.02.05_DT1502_bericht.pdf>

Tabelle 1: Zustimmung zu den Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland (%)

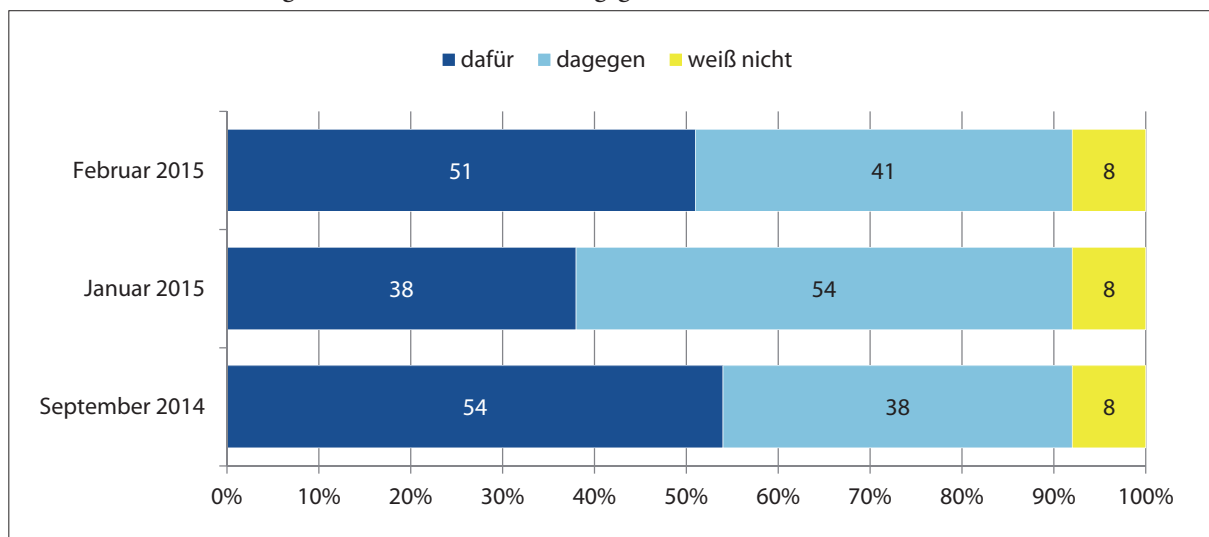
	Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen		Umfragen von Infratest dimap*	
	Oktober 2014	November 2014	Dezember 2015	Februar 2015
Ich befürworte die Sanktionen	52	58	54	65
Ich lehne die Sanktionen ab	40	36	40	31
Weiß nicht/keine Angabe	8	6	6	4

* Genauer Wortlaut der Frage: »Ich finde die Sanktionen gegenüber Russland grundsätzlich richtig.«, Wortlaut der Antwortmöglichkeiten: »Stimme eher zu« und »Stimme eher nicht zu«.

Anmerkung: Telefoninterviews. Fallzahl: ca. 1.000 bis 1.200 Befragte.

Quelle: für Oktober 2014 und November 2014 – Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen (<http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2014/November_II_2014/>), für Dezember 2014 und Februar 2015 – Umfragen von Infratest dimap zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung Die Welt (<http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1412_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/2015.02.05_DT1502_bericht.pdf>)

Grafik 6: Verschärfung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland (%)

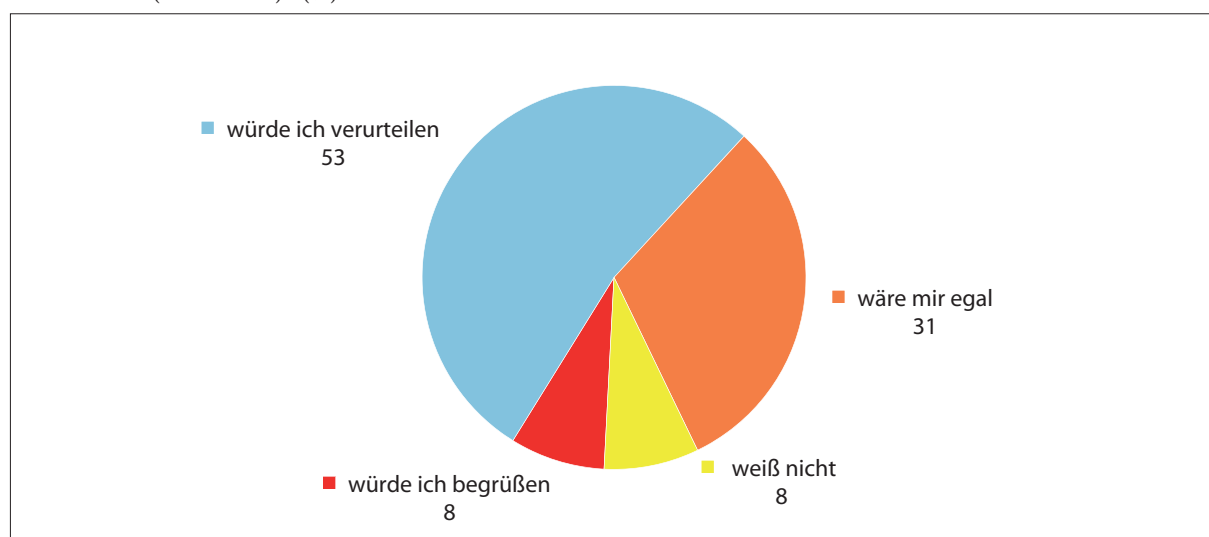


Anmerkung: Telefoninterviews. Fallzahl: ca. 1.150 bis 1.250 Befragte. Fehlerbereich 3 % (bei einem Parteianteil von 40 %) und 2 % (bei einem Parteianteil von 10 %).

Quelle: Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen, <http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2015/Februar_2015/>, <http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2015/Januar_II_2015/>, <http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2014/September_I_2014/>

Aussagen zur Ukraine

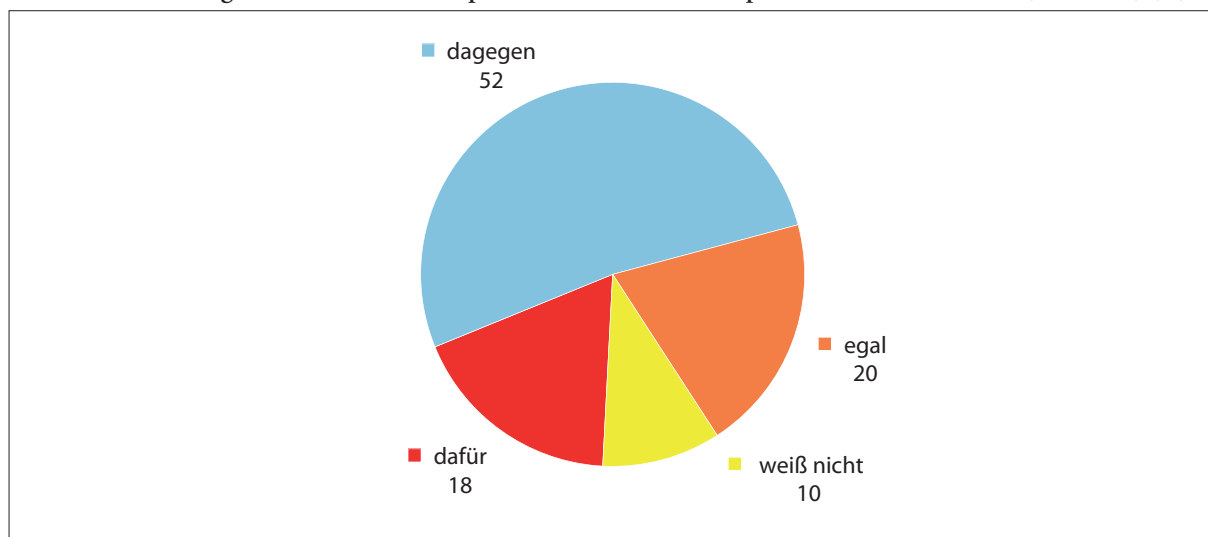
Grafik 7: Angliederung der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim an das russische Staatsgebiet (März 2014)* (%)



* Die Frage wurde vor der Annexion der Krim durch Russland gestellt.

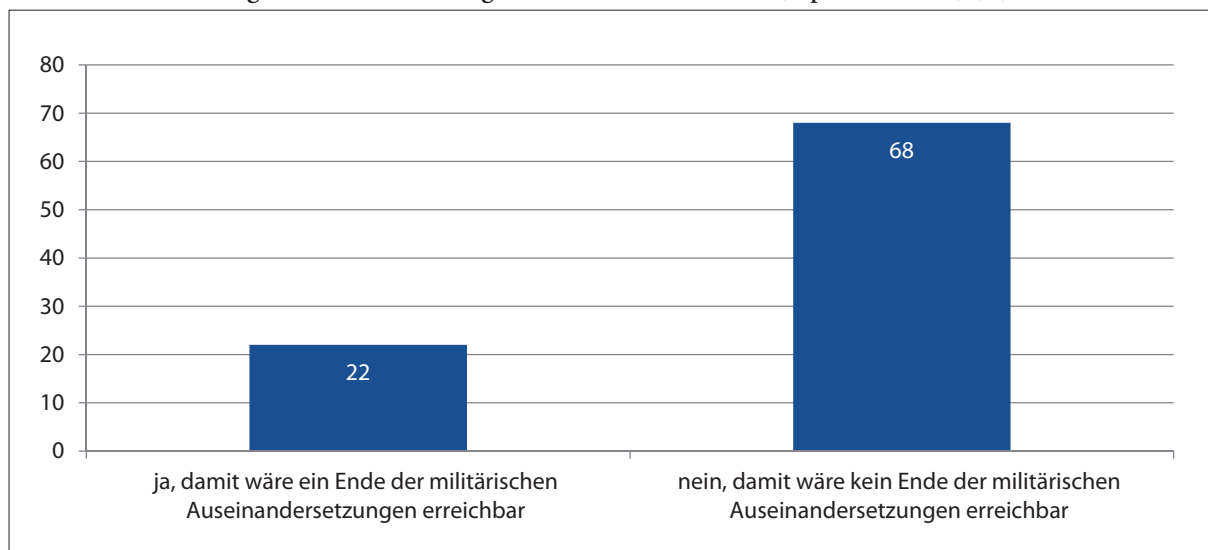
Anmerkung: Telefoninterviews. Fallzahl: 1.284 Befragte. Fehlerbereich 3 % (bei einem Parteianteil von 40 %) und 2 % (bei einem Parteianteil von 10 %).

Quelle: Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom 11. bis 13. März 2014, <http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2014/Maerz_I_2014/>

Grafik 8: Teilung der Ukraine in einen pro-westlichen und einen pro-russischen Landesteil (Mai 2014) (%)

Anmerkung: Telefoninterviews. Fallzahl: 1.223 Befragte. Fehlerbereich 3 % (bei einem Parteianteil von 40 %) und 2 % (bei einem Parteianteil von 10 %).

Quelle: Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom 6. bis 8. Mai 2014, <http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2014/Mai_2014/>

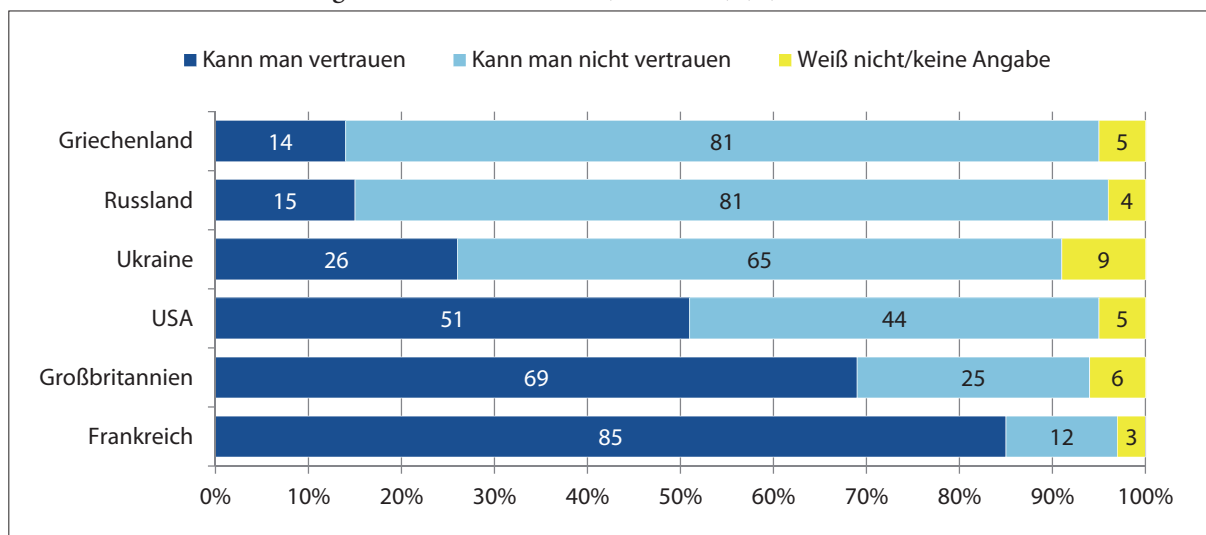
Grafik 9: Schaffung einer autonomen Region im Osten der Ukraine (September 2014) (%)

Anmerkung: Telefoninterviews. Fallzahl: 1.179 Befragte. Fehlerbereich 3 % (bei einem Parteianteil von 40 %) und 2 % (bei einem Parteianteil von 10 %).

Quelle: Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom 2. bis 4. September 2014, <http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2014/September_I_2014/>

Vertrauenswürdige Partner Deutschlands

Grifik 10: Vertrauenswürdige Partner Deutschlands (März 2015) (%)

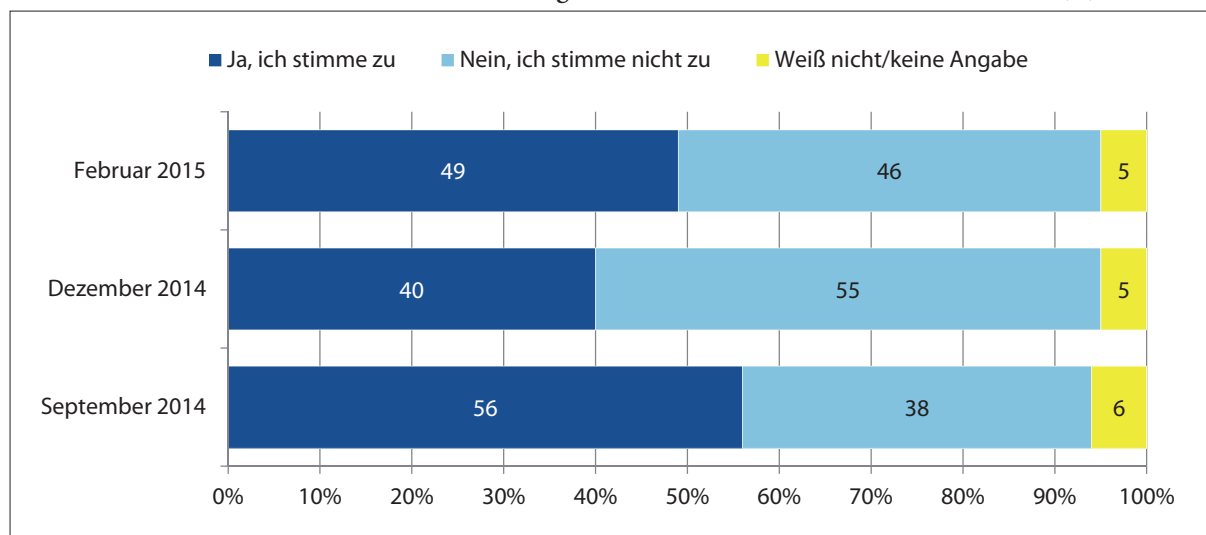


Anmerkung: Computergestützte Telefoninterviews. Fallzahl: 1.006 Befragte. Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5 %) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50 %) Prozentpunkte.

Quelle: Umfrage von Infratest dimap zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung Die Welt vom 2. März bis 3. März 2015, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1503_bericht.pdf>

Militärische Unterstützung der Ukraine

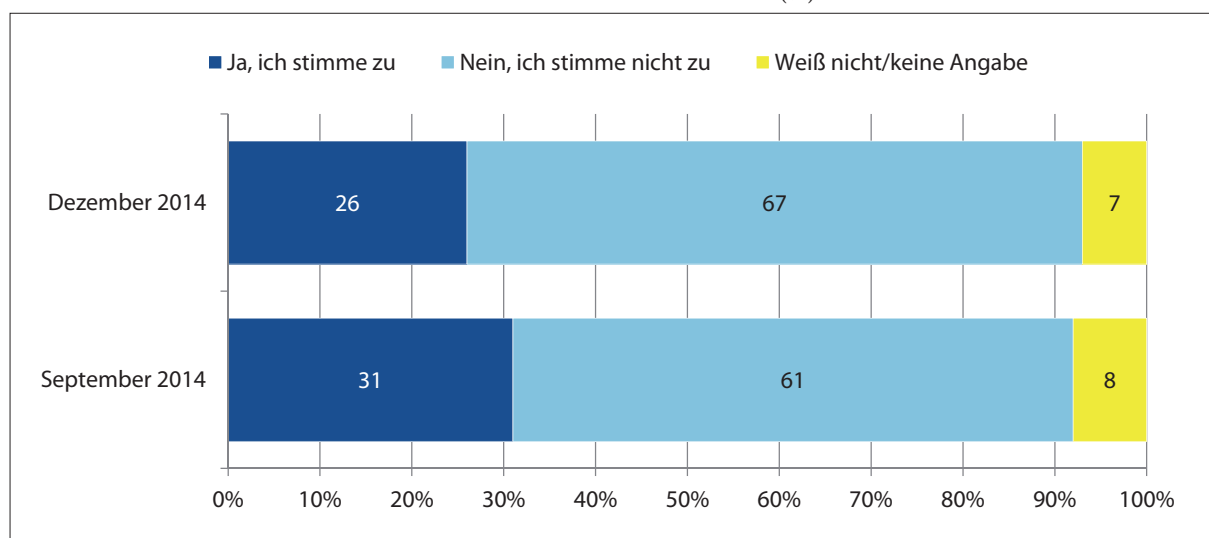
Grifik 11: Die NATO sollte mehr Verantwortung im aktuellen Ukraine-Konflikt übernehmen. (%)



Anmerkung: Computergestützte Telefoninterviews. Fallzahl: ca. 1.000 Befragte. Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5 %) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50 %) Prozentpunkte.

Quelle: Umfragen von Infratest dimap zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung Die Welt, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1409_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1412_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/2015.02.05_DT1502_bericht.pdf>

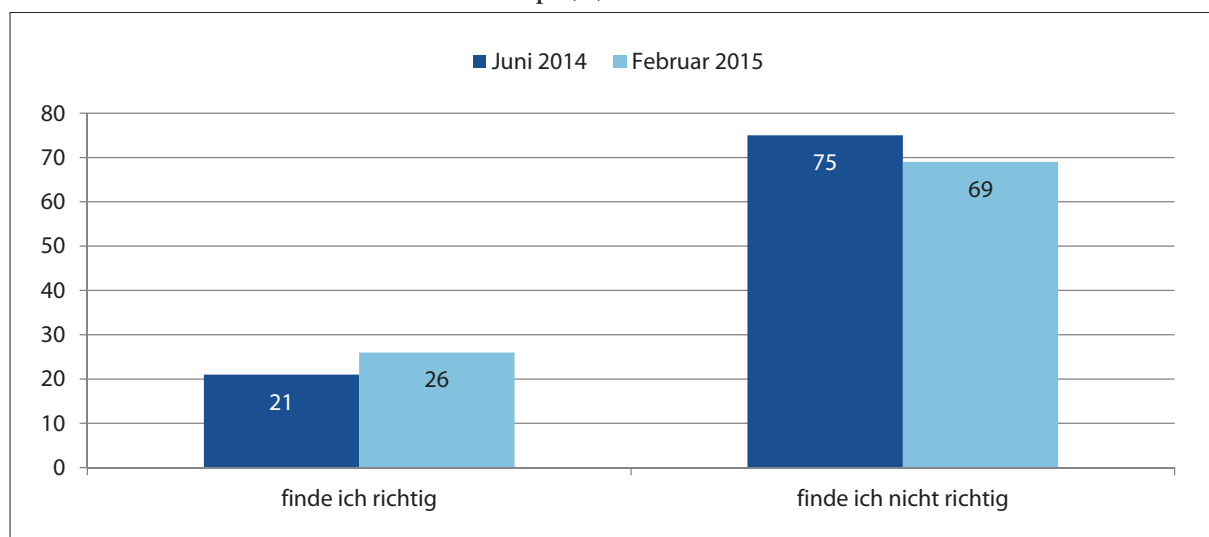
Grafik 12: Die NATO sollte die Ukraine in das Bündnis aufnehmen. (%)



Anmerkung: Computergestützte Telefoninterviews. Fallzahl: ca. 1.000 Befragte. Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5%) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50%) Prozentpunkte.

Quelle: Umfragen von Infratest dimap zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung Die Welt, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1409_bericht.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1412_bericht.pdf>.

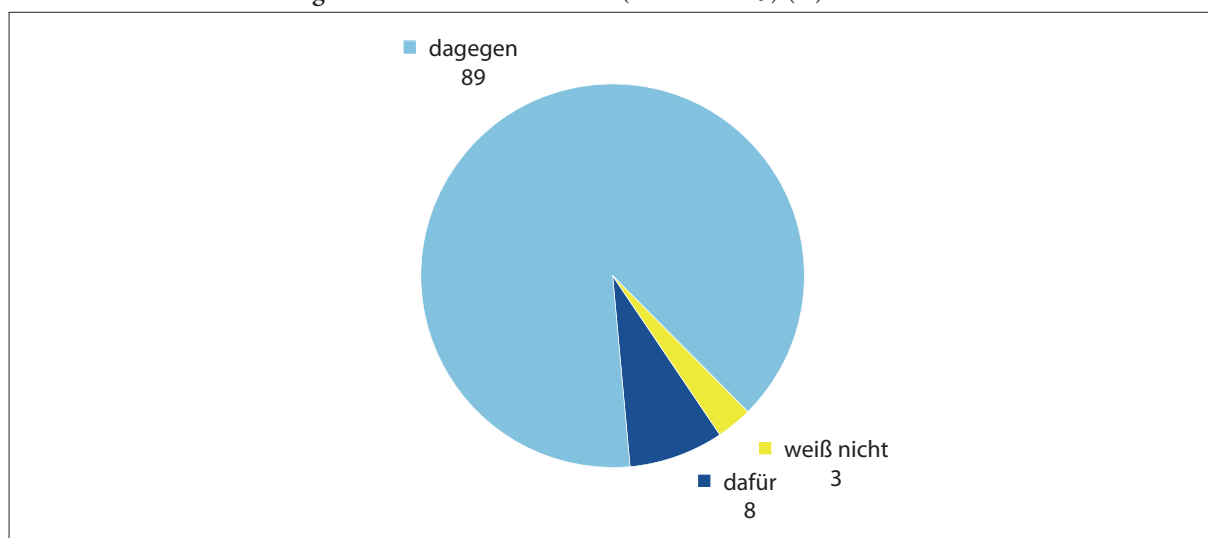
Grafik 13: Stärkere NATO-Präsenz in Osteuropa (%)



Anmerkung: Computergestützte Telefoninterviews. Fallzahl: ca. 500 Befragte im Juni 2014 und 1.003 Befragte im Februar 2015. Fehlertoleranz 1,4 (bei einem Anteilswert von 5%) bis 3,1 (bei einem Anteilswert von 50%) Prozentpunkte.

Quelle: Umfragen von Infratest dimap zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung Die Welt, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt1406_bericht_04.pdf>, <http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/2015.02.05_DT1502_bericht.pdf>

Grafik 14: Waffenlieferungen der USA an die Ukraine (Februar 2015) (%)



Anmerkung: Telefoninterviews. Fallzahl: 1.154 Befragte. Fehlerbereich 3 % (bei einem Parteianteil von 40 %) und 2 % (bei einem Parteianteil von 10 %).

Quelle: Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom 24. bis 26. Februar 2015, <http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2015/Februar_2015/>

DOKUMENTATION

Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem ukrainischen Präsidenten Poroschenko in Berlin (16. März 2015)

Merkel's Rede

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass Staatspräsident Petro Poroschenko heute nach Deutschland gekommen ist. Es ist nicht seine erste Reise hierher, aber sein erster offizieller Besuch – er wurde mit militärischen Ehren vom Bundespräsidenten empfangen. Wir hatten jetzt eine sehr intensive Diskussion – was aber nicht heißt, dass es eine kontroverse Diskussion gewesen wäre; vielmehr haben wir einfach sehr intensiv über die einzelnen Punkte gesprochen, die im Minsker Paket enthalten sind und die vonseiten der Ukraine umgesetzt werden wollen.

Ich möchte aber zu Beginn meinen großen Respekt über all die Anstrengungen, die Präsident Poroschenko und auch die ukrainische Regierung und das Parlament unternehmen, um zu einer friedlichen Zukunft für die Ukraine zu kommen, zum Ausdruck bringen. Ich will noch einmal daran erinnern: Petro Poroschenko ist als Präsident mit einem Friedensplan angetreten. Er hat dann die Grundlage für die Minsker Vereinbarungen im September geschaffen und hat auch dem am 12. Februar beschlossenen Umsetzungspaket, das wir im Rahmen des Normandie-Formats verhandelt haben, voll zugestimmt.

Heute ist noch einmal ein Tag, an dem daran zu erinnern ist, dass vor einem Jahr die Krim völkerrechtswidrig von Russland annektiert wurde. Ich will noch einmal deutlich machen, dass wir das nicht vergessen werden – und zwar deshalb nicht vergessen werden, weil es die europäische Friedensordnung infrage gestellt hat. Es ist aber trotzdem beziehungsweise gerade deshalb wichtig, dass wir für eine friedliche Lösung arbeiten und dass wir nicht nachlassen, ehe nicht die volle Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine wiederhergestellt ist. Das umfasst natür-

lich auch die Krim, aber es umfasst vor allen Dingen im täglichen Aufgabenbereich ganz besonders auch die Regionen um Lugansk und Donezk.

Wir arbeiten sozusagen mit drei Grundelementen. Das erste Element ist die Unterstützung der Ukraine. Zweitens drängen wir auf eine friedliche und diplomatische Lösung des Konflikts. Darüber sind wir auch einer Meinung, und wir haben heute auch darüber gesprochen, wie dies noch besser gelingen kann. Drittens sind wir notfalls auch zu neuen Sanktionen bereit – die aber kein Selbstzweck sind. Wir wollen sie nicht, aber wenn es unerlässlich ist, muss man sie implementieren. Dennoch ist das Herangehen jetzt so, dass wir alles daransetzen, dass die Minsker Vereinbarungen eingehalten werden können.

Die Umsetzung gestaltet sich kompliziert: Der Waffenstillstand ist nach wie vor nicht erreicht. Dennoch arbeiten wir gerade auch mit der OSZE zusammen, um diesen Waffenstillstand zu garantieren und vor allen Dingen auch den Abzug der schweren Waffen nachvollziehbar zu machen. Hier gibt es noch erhebliche Lücken bei den Separatisten, was die Spezifizierung, die Kontrolle, den freien Zugang der OSZE-Beobachter zu den Regionen anbelangt. Hierüber müssen wir also weiter sprechen.

Ich möchte an dieser Stelle den OSZE-Mitarbeitern, die vor Ort ihren Dienst tun, noch einmal ein herzliches Dankeschön sagen. Ich habe neulich selber mit dem Schweizer Herrn Hug telefoniert. Auch Herrn Apakan, der an den Gesprächen hier in Berlin teilgenommen hat, und allen Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön! Sie tun unter schwierigen Umständen ihre Arbeit.

Wir haben darüber gesprochen, wie wir nächste Schritte stattfinden lassen können. Der Präsident kann darüber berichten, was mit Blick auf das Gesetz über einen speziellen Status geplant ist.

Wir haben natürlich auch darüber gesprochen, wie die ökonomische Situation aussieht und wie wir vor allen Dingen auch schauen können, dass das IWF-Programm gut umgesetzt wird. Deutschland ist hier zu Hilfe bereit.

Was die Fragen des Minsker Paketes anbelangt, will ich noch einmal darauf hinweisen: Neben Waffenstillstand und Rückzug der schweren Waffen ist es auch wichtig, die humanitäre Hilfe endlich anlaufen zu lassen. Leider ist es noch nicht gelungen, dass das Internationale Rote Kreuz ausreichend Zugang zu den Gebieten um Donezk und Lugansk hat. Das muss sich verbessern.

Wir unterstützen die Arbeit der Trilateralen Kontaktgruppe. Frau Tagliavini und allen, die in der Trilateralen Kontaktgruppe sitzen, möchte ich ein herzliches Dankeschön für ihre Arbeit sagen.

Wir wollen auch den Austausch der Gefangenen voranbringen.

Wenn einmal der Abzug der schweren Waffen zertifiziert ist, der Waffenstillstand vollkommen eingehalten wird und die Gefangenen freigelassen sind, dann haben wir natürlich auch bessere Möglichkeiten, den politischen Prozess voranzutreiben, der ja auch in dem Papier beschrieben ist.

Alles in allem habe ich den Eindruck gewonnen, dass die Ukraine alles daransetzen wird, den Plan von Minsk, das Paket von Minsk umzusetzen. Wir werden von deutscher Seite – aber ich kann das auch für Frankreich sagen – alles tun, um dieser friedlichen Lösungsmöglichkeit eine Chance zu geben, auch wenn noch sehr, sehr viel Arbeit vor uns liegt – das ist nach den Erfahrungen, die wir zwischen dem 12. Februar und heute gemacht haben, schon absehbar.

Noch einmal herzlich willkommen!

Quelle: <<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonzferenzen/2015/03/215-03-16-merkel-poroschenko.html>>

Poroschenko's Rede

Vielen Dank, Frau Bundeskanzlerin! – Meine Damen und Herren, in erster Linie möchte ich Ihnen erklären, dass ich der Bundeskanzlerin für die ständige Aufmerksamkeit, für die ständige Unterstützung, die die Ukraine im Kampf gegen die schwierige Situation im Donbas und in ihrem Kampf um die territoriale Integrität des Landes von der deutschen Regierung bekommt, sehr dankbar bin.

Obwohl wir einen sehr intensiven Dialog mit der Frau Bundeskanzlerin pflegen – wir haben vorhin festgestellt, dass wir bereits über 60 Telefonate miteinander geführt haben und dass wir uns seit meiner Amtseinführung bereits elfmal getroffen haben –, war dies heute mein erster Besuch in Deutschland. Ich möchte mich für die hervorragende Organisation dieses Besuches und für die sehr intensiven und effektiven Gespräche bedanken.

Ich kann sagen, dass die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine noch niemals auf einem so hohen Niveau waren. Die Unterstützung, die Deutschland und die gesamte Europäische Union gegenüber der Ukraine zeigt, freut uns sehr. Die Frau Bundeskanzlerin und auch der französische Präsident haben an den Verhandlungen über die Minsker Vereinbarungen, die wir letztlich nach langwierigen und schwierigen 17-stündigen Gesprächen am 12. Feb-

ruar getroffen haben, teilgenommen. Es gibt eine eindeutige einheitliche Meinung unsererseits: Es gibt keine Alternative zu Minsk; beide Seiten müssen alle übernommenen Verpflichtungen vollständig erfüllen.

Die Ukraine unterstreicht, dass wir das Regime der Feuerpause einhalten. Die Streitkräfte der Ukraine haben am 15. den Befehl erhalten, sich zurückzuziehen. Sie wissen, dass es danach noch erhebliche Angriffsoperationen gegen die Ukraine gegeben hat. Zu dem angegebenen Termin, nach der vorgegebenen Prozedur und unter Aufsicht der speziellen Monitoring-Mission der OSZE haben wir unsere Verpflichtungen erfüllt. Wir haben genau angegeben, von wo Waffen abgezogen werden, wo sie gelagert werden. Wir geben die Möglichkeit, die entsprechenden Inventarnummern der schweren Technik, der Artillerie, durch die OSZE-Beobachter aufzunehmen. Das ist sehr wichtig und wird von uns genau eingehalten.

Des Weiteren geht es um humanitäre Fragen. Die Ukraine wird gemeinsam mit der Europäischen Union und unter Aufsicht des Internationalen Roten Kreuzes ständig humanitäre Hilfstransporte durchführen; denn die humanitäre Situation ist in den besetzten Gebieten der Ukraine, in einigen Kreisen der Gebiete Donezk und Lugansk, im Moment sehr schwierig. Am 14. März – 30 Tage, nachdem wir die Bedingungen laut Minsker Vereinbarungen erfüllt haben – habe ich als Präsident bei der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament, einen Erlass eingereicht, in dem genau aufgeführt ist, welche Regionen dieser beiden Gebiete von einem speziellen Regime der Selbstverwaltung betroffen sind. Die Fragen der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet werden gesondert behandelt werden.

Wir müssen heute leider konstatieren, dass Russland und die von Russland unterstützten Kämpfer die Verpflichtungen, die sie übernommen haben, nicht vollständig erfüllen. Das betrifft unter anderem die Zusammenarbeit mit den Beobachtern der OSZE-Mission. Was den Abzug schwerer Waffen betrifft, werden die Prozeduren nicht eingehalten.

Was die sogenannten Hilfskonvois angeht, die von Russland in die nicht von der Ukraine kontrollierten Gebieten eintreffen und nicht über von uns kontrollierte Grenzübergänge geschickt werden, so verlangen wir, dass diese in Übereinstimmung mit den ukrainischen Grenzregelungen durchzuführen sind. Die Gefangenen sind bis heute nicht freigelassen worden. Kriegsgefangene werden durch die Stadt geführt und ihre Würde wird verletzt. Sie werden zu Arbeiten gezwungen. Ukrainische Fernseh- und Rundfunkkanäle sind in diesem Gebiet nicht zu empfangen. Wir möchten unterstreichen, dass wir verlangen, dass die von der russischen Seite übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Separatisten durchgesetzt werden.

Ich kann sagen, dass die Ukraine sagen kann, dass wir unseren Kampf nicht nur für unseren Frieden und für unsere Unabhängigkeit und Freiheit führen, sondern dass es ebenso um die europäische und globale Sicherheit geht. Wir erwarten vom Rat der Europäischen Union, der unter Teilnahme der Frau Bundeskanzlerin durchgeführt werden wird, entsprechende und effektive Entscheidungen.

Außerdem habe ich heute während meines Treffens mit dem Bundespräsidenten daran erinnert, dass vor 25 Jahren – am 18. März 1990 – die ersten freien Wahlen in der DDR stattgefunden haben. Wir hoffen sehr darauf, dass die Wahlen, die wir jetzt in einigen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk vorbereiten, auch den Standards der OSZE entsprechen und entsprechend effektiv durchgeführt werden können.

Wir haben auch die Möglichkeit gehabt, mit der Frau Bundeskanzlerin über Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu sprechen. Wir sind sehr froh darüber, dass es eine Entscheidung gibt, 500 Millionen Euro Wirtschaftshilfe für die Ukraine bereitzustellen, von denen 200 Millionen Euro für makroökonomische Hilfen vorgesehen sind. Wir hoffen darauf, dass in absehbarer Zeit die entsprechende Vereinbarung unterschrieben werden kann. Wir erwarten morgen in Kiew eine Delegation aus Deutschland.

Ein Thema, das innerhalb der Europäischen Union nicht allzu oft angesprochen wird, ist, dass die Ukraine nicht nur für eine Deeskalation der Situation im Osten kämpft, sondern wir führen parallel große Anstrengungen durch, um Reformen durchzuführen. Wir haben mit dem Internationalen Währungsfonds Vereinbarungen getroffen. Wir kämpfen gegen die Korruption. Wir haben mit der Reform des Gerichtswesens begonnen. Ich habe nicht nur einmal unterstrichen, dass der Krieg keine Rechtfertigung dafür sein kann, in den Reformbemühungen nachzulassen. Wir sind sehr froh über die Unterstützung, die wir dabei von Deutschland und der Europäischen Union bekommen. Sie ist für uns außerordentlich wichtig.

Ein letzter Punkt: Ich möchte der Frau Bundeskanzlerin ganz herzlich für die umfangreiche humanitäre Hilfe danken, die Deutschland der Ukraine erweist. Ich hatte gestern in Dresden die Möglichkeit, unsere Soldaten und Offiziere zu sprechen, die in deutschen Krankenhäusern eine Behandlung erfahren. Dafür möchten wir unseren deutschen Partnern ganz herzlich danken. Wir werden medizinische Ausrüstungen bekommen, die wir im Namen der Bundesregierung einem Militärhospital im Gebiet Saporischschja übergeben können. Erst vor Kurzem haben wir uns deswegen an die Bundesregierung gewandt. Ich bin sehr froh darüber, dass so kurzfristig Hilfe erfolgen konnte. Das wird uns helfen, unsere Helden, unsere Soldaten möglichst schnell wieder gesund zu pflegen.

Wir haben auch über den Gipfel der Östlichen Partnerschaft gesprochen, der am 18. Mai dieses Jahres in Riga stattfinden wird. Das war auch ein Thema, das ich mit dem Bundespräsidenten besprochen habe. Ich hoffe dort sehr auf die Unterstützung vonseiten der Bundeskanzlerin. Wir hoffen auch, dass es dort zu Entscheidungen kommen wird, um einen visafreien Reiseverkehr für ukrainische Bürger zu ermöglichen. Natürlich ist das nur möglich, wenn alle 28 Mitgliedstaaten sich einig sind.

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin, ich möchte Ihnen noch einmal herzlich für die Unterstützung danken, die Sie uns erweisen.

Quelle: <http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/03/215-03-16-merkel-poroschenko.html>

ANALYSE

Die deutsch-ukrainischen Beziehungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene: Stand und Verbesserungsvorschläge

Von Oleksandra Bienert, Berlin

Zusammenfassung:

Die deutsch-ukrainischen Beziehungen erleben auf zivilgesellschaftlicher Ebene gerade einen Aufschwung. Dadurch treten einige Lücken in dieser Zusammenarbeit zutage, die bereits vorhanden waren, die ohne die vielen zurzeit stattfindenden Projekte aber nicht so deutlich geworden wären. Der Artikel analysiert diese Tendenzen und geht auf die humanitäre Hilfe seitens staatlicher deutscher Strukturen für die Ukraine ein. Wichtig scheinen zurzeit vor allem die Schaffung von Koordinierungs- und Konsolidierungsstrukturen sowie eine Sensibilisierung der Eigenwahrnehmung der Partner in dieser Zusammenarbeit. Der Artikel endet mit Verbesserungsvorschlägen sowohl für die Zusammenarbeit insgesamt als auch bezüglich des konkreten Bedarfs in der momentan schwierigen Situation der Ukraine.

Momentane Hilfe aus Deutschland auf zivilgesellschaftlicher Ebene

Aus einem historischen Zusammenhang heraus existieren in Deutschland viele NGOs, die im Bereich humanitäre Hilfe für die Ukraine arbeiten. Sie sind nach der Chernobyl-Katastrophe entstanden bzw. waren in der schwierigen Übergangszeit in den 1990er Jahren mit humanitärer Hilfe für die Ukraine befasst. Die ersten Chernobyl-Vereine wurden bereits 1990 gegründet, etwa »Heim-statt Tschernobyl e. V.«, die Zahl dieser Organisationen ist inzwischen auf über 60 angewachsen. Einige der Initiativen, die sich humanitär betätigen, tun das in der jetzigen Situation verstärkt bzw. haben sich auf Hilfe für Binnenflüchtlinge spezialisiert. Etwas geringer ist die Zahl der NGOs, die sich der Demokratisierung in der Ukraine widmen (bspw. durch Hilfe beim Ausbau von rechtsstaatlichen Institutionen, Menschenrechtsprojekten oder Austausch), es gibt sie aber auch. Außerdem gibt es eine kleine Zahl deutsch-ukrainischer Projekte, die die Reformprozesse in der Ukraine unter-

stützen. Einen wichtigen Beitrag leisten zudem bereits bestehende Städtepartnerschaften. Ein gutes Beispiel ist hierfür die Partnerschaft zwischen Kiew und München, die u. a. in die Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Initiative »Kontaktgruppe Munich-Kiew Queer« mündete, die die deutsche und die ukrainische LGBT-Szene vernetzt und sich für LGBT-Rechte einsetzt.

Bei der humanitären Hilfe seitens deutscher NGOs fällt aber sehr auf, dass es bis dato keinen größeren Spendenaufwurf von renommierten und bei der Mehrheit glaubwürdigen deutschen Hilfsorganisationen wie der Caritas International, dem Deutschen Roten Kreuz oder dem Bündnis »Aktion Deutschland Hilft« gegeben hat. In den ukrainisch-deutschen Initiativen, die während der Maidan-Zeit in verschiedensten deutschen Städten zur Unterstützung der Proteste entstanden sind, haben sich mit der Zeit »humanitäre Bereiche« gebildet, die bis heute funktionieren und Hilfe in die Ukraine schicken. Zu den bekanntesten dieser Initiativen gehört der Verein »International Association for Support of Ukraine –

Germany«, der im Raum Frankfurt am Main arbeitet. Aber auch in Berlin, Bremen, Köln, München, Leipzig, Bamberg, Hamburg, Nürnberg, Marburg und anderen Städten sind Menschen weiterhin aktiv. Spenden werden bspw. durch Flohmarktverkäufe, im Arbeits- und Freundeskreis, durch Aufrufe über Facebook und in lokalen Zeitungen, aber auch von der ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche gesammelt. Diese Initiativen kennen einander meist und sind über Facebook vernetzt, sie haben es aber nicht geschafft, eine größere gemeinsame Spendenaktion zu organisieren.

Beim Überblick über die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit stößt man zudem auf die beinahe vollständige Abwesenheit von Konsolidierungs-, Koordinierungs- und Vernetzungsstrukturen für diese Zusammenarbeit. In Deutschland fehlt ganz offensichtlich eine Stelle, die zum einen Kontakte vermitteln und zum anderen bei der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit nachsteuern könnte. Gleichzeitig haben viele NGOs, die früher eher mit Osteuropa im Allgemeinen befasst waren und ihren Blick jetzt verstärkt auf die Ukraine richten, Schwierigkeiten, weil sie nicht wissen, mit wem sie in der Ukraine zusammenarbeiten können. Bereits bestehende Formen der Zusammenarbeit zwischen einzelnen Organisationen sind zwar positiv zu vermerken, finden aber nach wie vor zwischen den gleichen Partnern statt. Hier fragt sich, ob Vernetzungstreffen wie thematische Konferenzen, auf denen man üblicherweise Partner aus dem gleichen Bereich, aber anderen Ländern kennenlernt (hier sind als Beispiel die erfolgreichen »Kiewer Gespräche« zu nennen, bei denen sich seit 2005 die ukrainische und die deutsche Zivilgesellschaft vernetzen), ausreichend und für eine umfassende Vernetzung geeignet sind.

Spürbar ist die fehlende Vernetzung sowohl zwischen den deutschen Initiativen, die zur Ukraine arbeiten, als auch zwischen deutschen Initiativen und möglichen Partnern in der Ukraine – obwohl es während des Maidans einige (teils gelungene) Versuche gegeben hat, die Maidan-Bewegung in Deutschland zu vernetzen. Aus einigen dieser Versuche entstanden später kleine Netzwerke von mit der Ukraine beschäftigten Organisationen. Ein anderes positives Ergebnis ist die Vernetzung der mit logistischen Aufgaben befassten Maidan-Initiativen in Deutschland – dieses Netzwerk funktioniert bis heute, meist über Facebook. Die genannten Vernetzungsversuche umfassen jedoch nur einen kleinen Teil der in Deutschland existierenden NGOs.

Einen weiteren Vernetzungsversuch startete das Auswärtige Amt. Im Februar 2015 fand in Berlin unter dem Titel »Ein Jahr nach dem Maidan – Perspektive der zwischengesellschaftlichen Zusammenarbeit mit der Ukraine und Russland« eine große Konferenz mit 300

deutschen Nichtregierungsorganisationen statt. Die von 500 Teilnehmern besuchte Veranstaltung kann jedoch nur als kleiner Schritt in Richtung Vernetzung gelten. Erstens waren unter den Teilnehmenden viel zu viele Unternehmer und zweitens war die Konferenz für einen tatsächlichen Austausch zwischen den NGOs von Größe und Aufbau her nicht sehr gut geeignet – obwohl sie natürlich zu einer verbesserten Vernetzung beigetragen hat.

Deutsche Hilfe auf staatlicher Ebene

Seit dem Beginn der Auseinandersetzungen auf dem Maidan hat die deutsche Regierung als einer der größten Geldgeber verschiedene Arten von humanitärer Hilfe für die Ukraine zur Verfügung gestellt (s. Tabellen 1 und 2 auf S. 20). Sie führte zum Beispiel mehrere Hilfstransporte durch und unterstützte Binnenflüchtlinge sowie den Aufbau von Infrastruktur. In Zusammenarbeit mit der »Wiktor Pintschuk Stiftung« wurden 40 Maidan-Verletzte in Berlin, Ulm und Koblenz sowie 20 schwerverletzte Soldaten aus der Ukraine in Berlin, Köln, Ulm und Hamburg behandelt; auch für 2015 wurde humanitäre Hilfe für Binnenflüchtlinge versprochen. Die staatliche humanitäre Hilfe wird vor Ort in der Ukraine verteilt, u. a. mithilfe größerer deutscher NGOs, die mit lokalen Partnern zusammenarbeiten. Die starke Beteiligung deutscher Träger vor Ort ist zwar zu begrüßen, die Organisationen, die die Hilfsleistungen organisieren, sind aber oft nicht gut genug untereinander vernetzt. Gebraucht wird eine Konsolidierungsstruktur, die im Blick behält, was genau an Hilfe geleistet wird und welche Projekte vor Ort durchgeführt wurden.

Zum Ausbau der Zusammenarbeit mit der ukrainischen Zivilgesellschaft schuf der Deutsche Bundestag 2014 außerdem einen Haushaltstitel, mit dessen Mitteln Projekte zur Zusammenarbeit mit der Ukraine und der Östlichen Partnerschaft gefördert werden sollten. Als Ziel sieht die Bundesregierung dabei die »(...) Schaffung bzw. Vertiefung von dauerhaften Strukturen der Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure aus Deutschland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft (...)« vor. Schwerpunktmäßig sollen die Projekte »zur Stabilisierung in der Ukraine« beitragen. Im vergangenen Jahr wurden in diesem Rahmen nach Angaben des Auswärtigen Amtes Sondermittel in Höhe von fünf Millionen Euro für über 80 Projekte zur Verfügung gestellt, darunter Fortbildungen, Projekte zum Jugendaustausch, Menschenrechts- und andere Projekte in der Ukraine und den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Auch für 2015 wurden fünf Millionen Euro bereitgestellt. Am 6.3.2015 lief eine Deadline zur Interessensbekundung seitens möglicher geförderter Projekte ab, im April 2015 werden die Projekte ggf. zur Antragstellung

aufgefordert. Das heißt, dass sie frühestens im Mai oder sogar erst im Juni 2015 anlaufen können.

Das Hauptproblem an diesen Mitteln ist ihre anscheinend fehlende Struktur sowie ein fehlender Plan für ihre Verteilung. In der Ausschreibung werden lediglich die politischen Ziele sowie die Inhalte, die gefördert werden sollen, benannt (u. a. Pluralismus, Dialog und Verständigung). Neue und – was noch wichtiger wäre – dauerhafte Strukturen werden aber offenbar nicht gefördert, vielmehr werden Fördergelder über einen Wettbewerb an die bestehenden Träger vergeben, die damit ihre Arbeit in der Ukraine fortsetzen bzw. vertiefen können. Das mag zwar sehr gut sein, ohne eine vorherige Analyse, was in der Ukraine zurzeit am dringendsten gebraucht wird, kann mit dieser Förderung aber kaum nachhaltig geholfen werden.

Ein weiteres Problem an dieser Mittelvergabe ist, dass die Träger die Förderung noch im gleichen Jahr verwenden müssen. Dass die Mittel für 2014 bspw. erst im Sommer zur Verfügung standen und auch für 2015 erst ab Mai zur Verfügung stehen werden, führt zu teilweise an Absurdität grenzenden Beispielen, wenn etwa deutsche Träger ihr privates Geld in Projekte investieren, um diese zu retten. Die Ergebnisse solcher Verfahren sind kaum kalkulierbar. Etwas wirklich Nachhaltiges kann durch ein halbjähriges Projekt, von dem man einen Monat vor Einreichung der Projektskizzen erfährt, jedoch nur zufällig entstehen.

Paternalismus – ein großes Problem bei der Hilfe, das für gemeinsame Projekte zur Falle werden könnte

Im Zuge der in Deutschland auf verschiedenen Ebenen verstärkten Beschäftigung mit der Ukraine tritt ein Paternalismus der deutschen Partner gegenüber ihren ukrainischen Kollegen besonders deutlich zutage. Das mentale Kräfteressen zwischen Deutschland als wichtigstem Land in der EU auf der einen und der instabilen Ukraine auf der anderen Seite ist dabei besonders schwierig. Bei etlichen Projektvorbereitungen – von der Erarbeitung größerer Konzepte bis zur Einreichung kleinerer Projekte zur Förderung durch das Auswärtige Amt – kann eine ähnlich traurige Asymmetrie in der ukrainisch-deutschen Partnerschaft beobachtet werden: Die deutschen Partner »vergessen«, ihre ukrainischen Partner um Rat zu fragen, und entwickeln Konzepte, die sie den ukrainischen Partnern dann zur Diskussion vorschlagen, statt sie in deutsch-ukrainischen Gruppen gemeinsam zu erarbeiten; oder sie schlagen den Ukrainern in gemeinsamen Projekten niedrigere Gehälter vor, ohne sich zu erkundigen, ob diese damit ihren Lebensunterhalt bestreiten können, usw. Dies kann sich für solche Projekte als Falle erweisen. Es ist schwer vorstellbar,

dass eine ukrainische Initiative ein Konzept, bspw. für ein deutsches Kulturzentrum in Kiew, erarbeitet und es dann erst seinen deutschen Partnern zur Kommentierung vorlegt. Umgekehrt passiert das aber. Auf keinen Fall fördert man so eine gute Zusammenarbeit, die auf Vertrauen basieren sollte. Zugespielt gesagt: Werte wie Toleranz kann in der Ukraine schwerlich vermitteln, wer sich seinem ukrainischen Partner gegenüber selbst nicht tolerant verhält.

Zu guter Letzt: Was wäre wichtig zu unterstützen?

Festzuhalten ist aber, dass zurzeit besonders viele und gute Projekte stattfinden und dass neue zivilgesellschaftliche Partnerschaften zwischen der Ukraine und Deutschland gebildet werden. Das kann nur begrüßt werden und es ist wichtig, diese positive Tendenz aufrechtzuerhalten. Wie kann man dabei den oben beschriebenen negativen Charakteristika dieser Tendenzen entgegenreten und was wäre heute am wichtigsten zu unterstützen?

Folgende wichtige Beispiele lassen sich derzeit vorschlagen, um die Richtung anzuzeigen, in die die Unterstützung gehen sollte: Erstens ist eine (weitere) Professionalisierung der NGO-Vertreter durch Austausch und Wissenstransfer notwendig, um die teilweise noch fehlende bzw. gerade entstehende politische Elite in der Ukraine zu unterstützen. Wichtig wäre es, zum einen deren Aktivitäten zu unterstützen und zu professionalisieren und zum anderen den Multiplikatoren Werkzeuge an die Hand zu geben, die diese dann in die Ukraine hineintragen können. Hier wäre bspw. der Austausch zum Thema posttraumatische Gesellschaft wichtig (bspw. unter Einbeziehung von Partnern, die ähnliche Probleme in anderen Konflikten bearbeitet haben).

Zweitens bedarf auch das sich zurzeit stark wandelnde Verhältnis von Zivilgesellschaft und Regierung der Unterstützung – das hieße, den Austausch zum Thema Kommunikation von Zivilgesellschaft und Regierung sowie die Förderung des Dreiergesprächs zwischen Regierung, Zivilgesellschaft und internationalen Förderern zu unterstützen. Hier wäre es wichtig, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Kommunikation mit Regierung und Verwaltung ausgebaut werden kann – wie man die Implementierung ihrer Entscheidungen verbessern, aber auch am Entscheidungsprozess mitwirken kann. In der Ukraine muss ein Bewusstsein für die Wirksamkeit der politischen Beteiligung einzelner Bürger erst noch geschaffen werden; hier wären bspw. *best practice*-Beispiele aus anderen europäischen Ländern hilfreich. Dabei wäre es ebenso wichtig, die Professionalisierung der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes – inklusive der Polizei – nicht zu vergessen. Notwendig

wäre es auch, auf einen Wissenstransfer an lokale Multiplikatoren zu achten, damit diese das Wissen in Zukunft selbst ins Land tragen können.

Ebenso entscheidend ist es, sowohl einen unabhängigen, qualitativ hochwertigen und sich nicht an (Gegen-) Propaganda orientierenden Journalismus im Land zu stärken als auch die Öffentlichkeitsarbeit von NGOs, damit deren Arbeit der Gesellschaft besser vermittelt wird. Menschenrechtsprojekte könnten sich stärker auf Wissenstransfer zum Monitoring von Menschenrechtsverletzungen (auch in den besetzten Territorien) und zur Advocacy-Arbeit im Menschenrechtsbereich ausrichten. Ebenso wichtig erscheint es, die Probleme von Minderheiten wie den Roma in den Blick zu nehmen.

Darüber hinaus könnte Deutschland seine langjährige Erfahrung mit der Aufarbeitung von Geschichte in der Ukraine einbringen. Hier wären Seminare und Workshops zur Versöhnung wichtig. Außerdem erscheint es weiterhin angebracht, an der Vermittlung von friedlichen Lösungen und an Alternativen zur Gewalt zu arbeiten. Zwar ist es noch ein langer Weg bis zur Lösung des Konflikts in der Ostukraine, am Dialogprozess in der Ukraine könnte man sich aber bspw. schon jetzt mit einem Erfahrungsaustausch beteiligen.

Eine sehr wesentliche Aufgabe ist es zurzeit, die bereits bestehende Zusammenarbeit gründlich zu analysieren und in Deutschland eine Stelle zur Koordinierung und Konsolidierung dieser Partnerschaft zu schaffen, die auf Lücken im Dialog mit aktiven NGOs eingehen könnte, um sie zu bearbeiten und ggf. zu schließen. Diese Stelle könnte bspw. deutliche Lücken in der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene identifizieren und versuchen, sie zu schließen. Um die bestehende Zusammenarbeit zu erweitern, bräuchte man eine Struktur bzw. ein Forum, über das deutsche NGOs nach Partnern suchen und Hilfestellung für ihre Projekte in der Ukraine bekommen könnten und auf dem es eine Übersicht über bestehende Projekte gäbe, etwa in Form einer Webseite. Eine erste

Übersicht über während des Maidans entstandene Projekte zur humanitären Hilfe gibt es derzeit bspw. hier: <http://donate4ukraine.com>. Bezüglich der Förderung durch die Sondermittel der Bundesregierung könnte ein Anhörungsforum mit den bekanntesten zur Ukraine arbeitenden deutschen NGOs veranstaltet werden, um deren Vorschläge zu hören und danach einen Förderplan zu entwerfen.

Bei allen Aktivitäten in der Ukraine empfiehlt es sich, vor allem in die Regionen zu gehen und – nicht minder wichtig – den ukrainischen Partnern auf Augenhöhe zu begegnen. Ein Vorschlag wäre hierzu: Alle Partner, auf deutscher wie auf ukrainischer Seite, müssen darauf bei der Zusammenarbeit achten und ggf. lernen, ihre Projekte gemeinsam zu erarbeiten – wenn es tatsächlich eine Partnerschaft geben soll. Die Ukrainer müssten ihre deutschen Partner dann rechtzeitig auf »paternalistische Anfälle« aufmerksam machen und sie zu verstehen versuchen, bei den deutschen Partnern wären dagegen Geduld und besondere Sensibilität gefragt. Dabei geht es nicht darum, die Ukrainer als primäre Kenner der Ukraine zu betrachten – was sie nicht unbedingt sein müssen – es gilt aber zu lernen, dem Partner mit Respekt und auf Augenhöhe zu begegnen.

Dies kann man nur, wenn man die Ukraine bzw. die ukrainische Zivilgesellschaft als Subjekt versteht und wahrnimmt. Eine Absage an den Paternalismus bedeutet ebenso, dass sich die deutschen Akteure – was dringend angeraten ist – stärker mit der Situation in der Ukraine und ihrer (Vor-)Geschichte vertraut machen, um sich für die Ukraine als Subjekt zu interessieren und das Land nicht weiterhin als Objekt zu betrachten. Sobald das geschieht, wird die Frage, »wie wir dem Land helfen können«, automatisch durch die Frage, »wie wir den Austausch vertiefen können«, ersetzt werden. Damit dies passiert, bedarf es eines hohen Wissensstands zur Ukraine und eines hohen Grads an Selbstreflexion über das eigene Handeln.

Über die Autorin:

Oleksandra Bienert, M.A. Public History, Menschenrechtsaktivistin, arbeitet als Historikerin in Berlin und war und ist an mehreren deutsch-ukrainischen Initiativen beteiligt. Während des Maidans hat sie zusammen mit anderen Aktivistinnen in Berlin die »Euromaidan Wache Berlin« ins Leben gerufen und koordiniert.

Die Autorin dankt Oleksiy Bida (Freiwilliger bei »Postup«/»Vostok SOS«, Luhansk-Kiew), Sascha Bienert (Freiwilliger bei »PRAVO. Berlin Group for Human Rights in Ukraine«), Kateryna Kudin (Koordinatorin Internationales Graduiertenkolleg an der Ludwig-Maximilians-Universität München), Hanna Lenchovska (Geschäftsführerin am Kongress der Nationalen Minderheiten der Ukraine, Kiew) und Inna Melnykovska (Doktorandin an der Freien Universität Berlin) für den Gedankenaustausch.

TABELLEN ZUM TEXT

Humanitäre Hilfe für die Ukraine aus Deutschland

Tabelle 1: Humanitäre Hilfe für die Ukraine nach Geberländern und -organisationen im Jahr 2015 (Stand 23. März 2015)

Spendengeber	Humanitäre Hilfe, US-Dollar	Nicht erfüllte Verpflichtungen
Europäische Kommission	23.272.323	0
Deutschland	6.576.582	8.163.265
Japan	4.680.000	0
Dänemark	3.368.419	2.267.574
Belgien	2.267.574	0
Norwegen	900.000	0
Tschechische Republik	339.554	0
Italien	257.821	0
Private Akteure (Individuen und Organisationen)	200.276	0
Litauen	174.045	0
Schweden	171.931	0
Estland	117.665	0
Schweiz	54.348	0
Großbritannien	0	22.658.610
USA	0	11.100.000
Gesamt	42.380.538	

Quelle: UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), <<http://fts.unocha.org/pageloader.aspx?page=emerg-emergencyCountryDetails&ccc=ukr&yr=2015>>. Zusammenfassung der Ukraine-Analysen.

Tabelle 2: Humanitäre Hilfe für die Ukraine aus Deutschland im Jahr 2015 (Stand 23. März 2015)

Kanal	Beschreibung	Humanitäre Hilfe, US-Dollar	Nicht erfüllte Verpflichtungen
ASB	Unterstützung schutzbedürftiger Binnenflüchtlinge in der Ukraine mit besonderem Fokus auf den Regionen Kiew, Poltawa, Charkiw, Sumy und Dnipropetrowsk	1.096.704	0
Caritas	Sicherung von Grundbedürfnissen und Sicherstellung der Lebensgrundlage vom Konflikt betroffener Menschen in der Ukraine	2.040.816	0
Diakonie Katastrophenhilfe	Humanitäre Hilfe für Binnenflüchtlinge und vom Konflikt betroffene Teile der ukrainischen Bevölkerung	1.182.941	0
Internationales Komitee des Roten Kreuzes	Zusage humanitärer Hilfe	0	8.163.265
Internationales Komitee des Roten Kreuzes	Aktivitäten in den Bereichen Hilfeleistung, Schutz, Prävention und Kooperation in der Ukraine	1.133.787	0
Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)	Humanitäre Hilfe und Schutz für Binnenflüchtlinge und andere gefährdete Gruppen, die von der Krise betroffen sind	1.122.334	0
Gesamt		6.576.582	

Quelle: UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), <<http://fts.unocha.org/pageloader.aspx?page=emerg-emergencyCountryDetails&ccc=ukr&yr=2015>>. Zusammenfassung der Ukraine-Analysen.

Externe Einflüsse auf den ukrainischen Reformprozess: Wer bekommt was, wann und wie?¹

Von Fabian Burkhardt, München

Zusammenfassung:

Anfang März 2015 wurde in Wien die »Agentur zur Modernisierung der Ukraine« ins Leben gerufen, welche auf eine Initiative des Oligarchen Dmytro Firtasch zurückgeht. Das achtköpfige Beratergremium setzt sich aus polnischen, britischen, französischen und deutschen Politikern zusammen und soll innerhalb von 200 Tagen ein Reformprogramm für die Ukraine erarbeiten. Die Agentur bildet ein transnationales Netzwerk, das parallel zu bisherigen staatlichen EU-Initiativen agiert. Gleichzeitig ist dieses nur gering in bestehende ukrainische Reformkontexte eingebunden und es fehlt ein ukrainischer Elitenkonsens, um die von außen entwickelten Reformvorschläge umzusetzen.

Einleitung

Berlin, Genf, Paris und Minsk waren bisher die Städte, die wir mit Bemühungen in Verbindung brachten, die Konfrontation zwischen der Ukraine und Russland bzw. zwischen der EU sowie den USA und Russland zu lösen. Seit Oktober des vergangenen Jahres findet sich auch Wien auf dieser Liste, nachdem sich eine illustre Gruppe von *elder statesmen* in der prächtigen Hofburg der österreichischen Hauptstadt versammelt hat – eingeladen von der Plattform »Future Business Ukraine« und dem »Deutsch-Ukrainischen Forum« (DUF). Anspielungen auf den Wiener Kongress vor 200 Jahren, auf dem die Weichen für das nächste Jahrhundert in Europa gestellt wurden, waren anscheinend nur halb im Scherz gemeint.

Eine neue europäische Ordnung

Im März 2015 wurde dann berichtet, dass die »Agentur zur Modernisierung der Ukraine« (AMU) in Wien eingetragen wurde. Gründungsmitglieder waren der französische Philosoph Bernard-Henry Lévy, der britische Konservative Lord Risby (Vorsitzender der Britisch-Ukrainischen Gesellschaft) und der deutsche CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe Karl-Georg Wellmann. Acht Berater sollen im Auftrag der Agentur innerhalb von 200 Tagen ein Reformprogramm für die Ukraine erarbeiten. Ursprünglich war der Beirat mit Włodzimierz Cimoszewicz, Laurence Parisot, Bernard Kouchner, Lord Mandelson, Lord Macdonald, Peer Steinbrück, Günter Verheugen und Rupert Scholz namhaft besetzt. Nach öffentlicher und interner Kritik seitens des Bundeskanzleramtes hat Steinbrück inzwischen verkündet, er werde erst einmal »innehalten«, Rupert Scholz sagte seine Teilnahme endgültig ab.

Evhen Vorobyov vom polnischen Think-Tank PISM gehörte zu den Ersten, die die AMU als »Augenwischerei« bezeichneten. Die Agentur, mehrere Wiener Konferenzen und der Beirat werden von dem ukrainischen Milliardär Dmytro Firtasch gesponsert. Firtasch ist derzeit in Wien ansässig, ihm droht eine Auslieferung in die USA, über die das Wiener Bezirksgericht am 30. April ein Urteil fällen wird. Im März 2014 hatte Firtasch eine Kautions von 125 Millionen Euro hinterlegt, nachdem er von den österreichischen Behörden aufgrund von Bestechungsvorwürfen durch US-amerikanische Strafverfolger verhaftet worden war (allerdings geht es hier um ein Indien-Geschäft, nicht um die Ukraine).

Firtasch hat zu den wichtigsten Unterstützern Wiktor Janukowitschs im Präsidentschaftswahlkampf 2010 gehört und konnte nach dessen Wahlsieg seinen Einfluss in der Chemie- und Düngemittelindustrie deutlich ausweiten. Recherchen von Reuters demonstrierten überzeugend, dass Firtasch in den 2000er Jahren von Gazprom-Gasverkäufen weit unter dem Marktpreis profitiert und gleichzeitig als Mittelsmann für Russland in der Ukraine fungiert hatte. Deswegen bezeichneten Maidan-AktivistInnen wie Switlana Salischtschuk und Serhij Leschtschenko, die inzwischen zu Abgeordneten der Rada gewählt worden sind, Firtaschs Aufruf zur Erstellung eines europäischen Marshall-Plans in Höhe von 300 Milliarden Euro als PR-Gag, der dazu dienen sollte, Firtaschs Ansehen im Westen reinzuwaschen. Die offensichtliche Diskrepanz zwischen Firtaschs hehren Absichten für die Ukraine und seiner Persönlichkeit veranlassten einige Mitglieder des AMU-Vorstandes zu wohlüberlegter Wortakrobatik. So bezeichnen der britische Lord und die deutschen Parlamentarier Firtasch konsequent als Vorsitzenden des ukrainischen Arbeitgeberverbandes. Bernard-Henry Lévy begab sich sogar auf einen Exkurs in die Philosophie und erläuterte, dass ihm die Schule von Emmanuel Levinas besonders nahe läge, weil hier ethische Aspekte wirtschaftlichen Handelns im Vordergrund stünden.

1 Eine frühere Version des Textes ist am 13. März 2015 hier erschienen: <<https://www.opendemocracy.net/od-russia/fabian-burkhardt/vying-for-influence-in-ukraine>>.

Firtasch ist nicht der einzige, der sich für einen Marshall-Plan für die Ukraine ausspricht. George Soros, der in Ungarn geborene Financier und Philanthrop, forderte ein 50 Mrd. US-Dollar schweres Hilfspaket für die Ukraine, das im ersten Quartal 2015 von der EU ins Leben gerufen werden soll. Beide Vorschläge unterscheiden sich wesentlich, nicht nur weil Firtasch sechsmal höher angesetzt hat (was vielleicht auch als Anspielung auf Junckers Investitionsplan zu lesen ist). Soros plädiert für einen zweigleisigen Ansatz, mit Sanktionen gegen Russland als notwendiges Übel bei gleichzeitiger weitreichender finanzieller Unterstützung für die Ukraine. Firtasch hingegen beschreibt Sanktionen und die Lieferung defensiver Waffen an die Ukraine als »dumm«. Außerdem sollten sich seiner Meinung nach auch russische Investoren gleichberechtigt am Hilfspaket beteiligen.

Firtasch im deutschen Kontext

Der alleinige Fokus auf die Person Firtasch verstellt jedoch den Blick auf einige wesentliche Aspekte des Reformvorhabens. Die Organisation und die Agenda der Wiener Konferenzen, die den Weg für die AMU geebnet haben, wurden laut Webseitendokumentation zum Großteil an das Deutsch-Ukrainische Forum (DUF) delegiert. Dessen Vorstandsbesetzung spricht dafür, dass bei AMU die Positionen der wichtigsten Nichtregierungsorganisationen in den deutsch-russischen Beziehungen hinlänglich vertreten sein werden. Der Vorsitzende des DUF, Rainer Lindner, ist in Personalunion Direktor des »Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft«, die die Sanktionspolitik der Bundeskanzlerin konsequent kritisiert hat. Ein weiteres Ausschussmitglied ist Alexander Rahr, Lobbyist für Wintershall und Forschungsdirektor des »Deutsch-Russischen Forums« (DRF). Matthias Platzeck, Vorsitzender des DRF, bezeichnete es als ehrenwerte Aufgabe, beim Wiederaufbau der Ukraine helfen zu können, und betonte, dass auch Oligarchen ihren Teil dazu beitragen müssten. Firtasch kündigte an, dass 25 % des Marshall-Plans für die Ukraine von russischen Investoren getragen werden sollten. Zumindest von dieser Warte erscheint die Anbindung von Akteuren wie dem Ost-Ausschuss und dem DRF nachvollziehbar. Oberflächlich könnte man die AMU als eine Versöhnungsgeste, als Teil der vielbeschworenen gesichtswahrenden Exit-Strategie für Russland auslegen. Aber tatsächlich ist nicht plausibel, wie ein Land, welches sich geradezu in einem Prozess umfassender Demodernisierung befindet, zur Modernisierung der Ukraine beitragen kann. Außerdem betonen WissenschaftlerInnen wie Margarita Balmaceda, dass Russland in der Vergangenheit die Energieabhängigkeit der Ukraine bewusst

als eine Form von transnationaler Patronage eingesetzt hat, um die ökonomische und die politische Elite des Landes zu korrumpieren. Sanktionen waren ein bestimmendes Element russischer Außenwirtschaftspolitik in den Jahren 2013 und 2014. Wie diese Politik von Zuckerbrot und Peitsche ohne einen grundlegenden Kurswechsel in Moskau mit EU-Konditionalität kompatibel sein soll, bleibt offen. Im Gegenteil könnte auch argumentiert werden, dass Russland anstelle von Investitionen und Krediten Reparationszahlungen für die Kriegsschäden leisten sollte, die in der Ostukraine entstanden sind.

Gleichzeitig bedeutet die wachsende Zusammenarbeit des DRF mit dem vom russischen Eisenbahntycoon Wladimir Jakunin gegründeten »Dialog der Zivilisationen«, einem jährlich auf Rhodos stattfindenden Forum (die Organisation ist in Wien registriert, der ehemalige österreichische Kanzler Alfred Gusenbauer ist Vorsitzender), nichts Gutes für die Ukraine. Auf einer DRF-Konferenz in Berlin beschuldigte Jakunin, der zu diesem Zeitpunkt bereits auf der Sanktionsliste der USA stand, den Westen eines »vulgären Ethnofaschismus« und bei einer öffentlichen Vorlesung im März in Sankt Petersburg verkündete er, dass Korruption eben »ein unabdingbarer Bestandteil der Globalisierung« sei. Bei der jährlichen Konferenz auf Rhodos steht eine multipolare Welt im Vordergrund, ideologisch ist dieser Ansatz von Jakunin sicherlich nichts weniger als ein Gegenentwurf zur Troika, die sich im Laufe der Eurokrise herauskristallisiert hat. Günther Verheugen, Vize-Vorsitzender des DUF, war für Štefan Füle eingesprungen, der seine Absage damit begründete, dass die Ukraine schon genug Modernisierungsprogramme und die EU-Kommission Vorrang habe sowie vor allem damit, dass die Initiative von der ukrainischen Regierung ausgehen sollte.

Die Rahmenbedingungen

Der Beirat der AMU nimmt gerade erst seine Arbeit auf, aber die zwei Memoranden, die auf der DUF-Website nach den Konferenzen im Oktober und November veröffentlicht wurden, geben zumindest eine grobe Richtung vor. Das erste Memorandum setzt den Rahmen, in dem die acht Senior-Berater ihre Vorschläge für Integration, Wirtschaft, Handel, Verfassungsreformen, Polizei und Justiz, Gesundheit, Korruptionsbekämpfung, öffentliche Finanzen und Steuern darlegen werden. Unter diesen weitgefassten Thesen finden sich eine politische Lösung der Ukraine-Krise gemäß dem Minsker Abkommen, Kredite für die Ukraine von der EU und Russland (beide Kreditgeber sollen dabei gleichberechtigt sein), ein von der EU und der Eurasischen Union ausgehandelter gemeinsamer Wirtschaftsraum von Lis-

sabon bis Wladiwostok, ein blockfreier Militärstatus der Ukraine, die Modernisierung des Gastransportsystems der Ukraine, die von einem trilateralen Konsortium geleitet wird (EU, Russland und die Ukraine), und eine konsequente Dezentralisierung der Ukraine. Weitere Punkte sind eine graduelle Rücknahme der Sanktionen gegen Russland und eine gemeinsame russisch-ukrainische Kommission für schwierige historische und politische Fragen. Das Framing dieser Positionen signalisiert somit vornehmlich eine diskursive Koalition zwischen Firtasch, deutschen Wirtschaftsvertretern sowie Anhängern der Ostpolitik, verstanden als Appeasement-Politik (Sigmar Gabriel plädiert beispielsweise noch immer für eine »Modernisierungspartnerschaft« mit Russland), und teilweise auch der Verhandlungsposition Russlands bei den Minsker Gesprächen, weniger jedoch mit der Ukraine.

Trotz aller angeführten Bedenken gegenüber der Person Firtaschs ist es theoretisch immer noch denkbar, dass dieser sich vom Räuberbaron zum Modernisierungsmäzen wandelt und die acht Berater, die alle über langjährige Erfahrung in den jeweiligen Politikbereichen verfügen, eine unabhängige Reformagenda aufstellen. Dennoch sind jetzt schon mindestens drei Problembereiche zu identifizieren.

1. Parallele Außenpolitik eines neuen »transnational advocacy network«?

Zunächst einmal waren weder die österreichische Regierung noch das deutsche Bundeskanzleramt über das Auftreten der AMU erfreut. Eine deutsche Regierungsquelle erklärte, dass sie einen Beirat präferiert hätte, der von der ukrainischen Regierung initiiert wurde – und nicht von einem Oligarchen.

Zudem zeigt sich die deutsche Regierung aufgrund ihrer Austeritätspolitik skeptisch gegenüber einer übermäßigen Finanzspritze. Erich Vad, ehemaliger Sicherheitsberater der Bundeskanzlerin, erklärte vor kurzem einem Münchner Publikum, dass die Erfahrung mit Griechenland zudem gezeigt habe, dass der Nutzen von großangelegten Finanzspritzen marginal sei, solange die institutionellen Rahmenbedingungen es nicht erlauben, diese adäquat zu absorbieren.

Auf einer abstrakteren Ebene stellt die AMU die Grundannahme des außenpolitischen Realismus in Frage, nach der es bei internationalen Beziehungen hauptsächlich um Staaten und Regierungen geht. Anders gesagt: Die AMU und ihre unabhängige Agenda der Wirtschaftsdiplomatie in Form einer transnationalen Akteurskoalition stellen das bisher praktizierte Prärogativ der französischen, deutschen und ukrainischen Regierungen in Frage.

2. Mangelnde frühzeitige Einbindung von ukrainischen Reformakteuren in Regierung und Zivilgesellschaft

Zweitens unterscheidet sich die AMU von anderen Initiativen, die sich mit Reformprogrammen für die Ukraine befassen, insbesondere dadurch, dass ukrainische Reformakteure nicht frühzeitig teilhabend mit einbezogen wurden, wobei regionalspezifisches Wissen und lokale Kapazitäten für die Umsetzung und Kontrolle von Regeltransfers, wie sie die AMU vorsieht, unabdingbar sind. Zwar waren der ehemalige Präsident Juschtschenko, der ehemalige Minister für Brennstoff und Energiewirtschaft Bojko sowie Kiews Bürgermeister Klitschko in Wien. Diese zeichnen sich jedoch eher durch ihre Bekanntschaft mit Firtasch aus, während tatsächliche Reformer fehlten. Derzeit am aktivsten ist wohl das »Reanimation Package of Reforms«, bei dem es sich um eine große Reformkoalition handelt, die während des Maidans entstanden ist, inzwischen über eine ausgearbeitete Reformagenda verfügt und bemüht ist, diese legislativ umzusetzen. Weiterhin könnte man auch die »politische Dezentralisierungsinitiative« nennen, eine Debatte, die im Februar 2014 von Roger B. Myerson, Wirtschaftsnobelpreisträger 2007, und dem Wirtschaftswissenschaftler Tymofiy Mylovanov ins Leben gerufen wurde. Ebenfalls aktiv ist »Vox Ukraine«, ein loses Netzwerk von im Westen ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftlern ukrainischer Herkunft, oder die »Nestor Gruppe«, die aus ukrainischen Wissenschaftlern, zivilgesellschaftlichen Aktivisten und Politikberatern besteht. Außerdem hat die Jazenjuk-Regierung vier freiwillige Berater berufen (Daron Acemoglu, Anders Aslund, Oleh Havrylyshyn und Basil Kalymon), die die Ukraine bei Einsparungsprogrammen beraten haben.

Die AMU ist in einigen Aspekten anders. Sie ist weniger akademisch ausgerichtet und stärker an der Praxiserfahrung von Politikern interessiert, weniger in der ukrainischen innenpolitischen Reformdebatte verwurzelt und weniger kohärent, was die Ansichten ihrer Mitglieder angeht. Ein Beispiel für die divergierenden Ansichten war Bernard-Henri Lévy's Erklärung während der ersten Wiener Konferenz, wonach »die Diskussion über sprachlichen Nationalismus eine verrückte Diskussion« sei, »an der sich die Intellektuellen Europas nicht hätten beteiligen sollen«, wohingegen im ersten Memorandum festgehalten worden war, dass die »russischsprachige Bevölkerung« durch die ukrainische Regierung vor »radikalen Gruppen« geschützt werden müsse.

Ähnlich der inzwischen zurückgetretene Rupert Scholz, der 2012 noch die EU für ihre überraschende und unbegründete »Beckmesserei« gegenüber Ungarns Verfassungsreform kritisiert und für die nationale Souveränität in Verfassungsfragen plädiert hatte. Zwar argu-

mentierte er in dem Bewusstsein, dass der Begriff Föderalisierung in der Ukraine negativ belegt sei. Dennoch scheint das von ihm gewählte Beispiel der deutschen Wiedervereinigung und der Eingliederung der zentralistischen DDR in die föderal organisierte Bundesrepublik als wenig überzeugend, weil Russland selbst im Fall einer anhaltenden Waffenruhe über genügend nicht-militärische Mittel verfügt, um die gewonnenen Rechte der selbsternannten Volksrepubliken nach einer Devolution gerade nicht zu einem steigenden integrierenden Pflichtbewusstsein gegenüber dem Zentrum werden zu lassen. Spannung dürfte es auch mit Personen wie Lord Mandelson geben, der Kontakte zu russischen Oligarchen wie Oleg Deripaska pflegt, wohingegen die ehemalige Präsidentin des französischen Arbeitgeberverbandes Laurence Parisot dazu aufrief, dass sich »Europa vereint hinter die Ukraine stellen sollte, um russischen Bestrebungen entgegenzutreten«. Und zuletzt ist die Beratergruppe insgesamt enger an europäische Interessengruppen gebunden, als dies bei anderen Reformgremien der Fall gewesen ist.

3) Fehlender Elitenkonsens

Drittens hat die Transformationserfahrung anderer postkommunistischer Länder gezeigt, dass ein Elitenkonsens für Reformen unabdingbar ist. Zunächst wurde die AMU als gemeinsame Bemühung der Oligarchen Dmytro Firtasch, Rinat Achmetow und Wiktor Pintschuk dargestellt. Achmetow und Pintschuk distanzieren sich jedoch schnell öffentlich von der Agentur. In einer Pressemitteilung, die von Achmetows Holding »System Capital Management« herausgegeben wurde, bekundet er, lediglich Interesse am »Wiederaufbau des Donbas« zu haben. Seine Einstellung ist insofern nachvollziehbar, als Achmetow dort sein Wirtschaftsimperium aufgebaut hat, wo auch Wiktor Janukowitsch und die Partei der Regionen ihre Machtbasis hatten. Obwohl Achmetow anfangs separatistische Bestrebungen in Donezk als Trumpfkarte gegen die neue Interimsregierung in Kiew eingesetzt hat, wurde der Oligarch zu einer zentralen Figur, um die Kontrolle der Regierung über Mariupol am Asowschen Meer aufrechtzuerhalten. Die De-facto-Kontrolle der selbsternannten Volksrepublik stellt jedoch zunehmend eine Bedrohung für seine Aktiva dar. Achmetow spielt, was die humanitäre Hilfe betrifft, nach wie vor eine wichtige Rolle.

Der Oligarch Wiktor Pintschuk, Schwiegersohn des zweiten Präsidenten der Ukraine Leonid Kutschma (und

ein Philanthrop, der für sein Kunstzentrum in Kiew bekannt ist), hat die neue Regierung in einem Leitartikel als reformerisch und pro-europäisch bezeichnet (wohingegen Firtasch die Regierung als schlecht abtut). Pintschuk forderte die internationale Gemeinschaft auf, »tough love« gegenüber der Ukraine zu zeigen und nicht gutgläubig auf den deklarierten Willen der Regierung zu bauen. So sollten IWF- und EU-Kredite streng an Konditionalität gebunden sein. Während also Achmetow nur an regionalem Wiederaufbau Interesse gezeigt hat, ist Pintschuks Konditionalitätsansatz kaum mit Firtaschs Grundsatz »from Russia with love« vereinbar. Im Gegenteil liegt geradezu die Vermutung nahe, dass er mit der Agentur versucht, möglichst viel Kontrolle über Finanzströme seitens der EU und des IWF zu bekommen.

Igor Kolomojskij, Gouverneur von Dnipropetrowsk, machte aus seiner Abneigung gegen die AMU von Anfang an keinen Hehl, indem er falsche PR-Mitteilungen verbreitete, die die Agentur diskreditierten. Kolomojskij finanziert private Freiwilligenbataillone, die im Donbas kämpfen, und profitiert angeblich vom Kriegshaushalt der Ukraine. Derzeit befindet er sich in einem Machtkampf mit Poroschenko und einigen Parlamentariern um die Kontrolle der Ölunternehmen Ukrtransnafta und Ukrnafta. Außerdem verschärft sich Kolomojskij's Konflikt mit Pintschuk, der ursächlich auf die Privatisierung des Unternehmens Ukrudprom zurückgeht.

Wie zugespitzt die Lage zwischen verschiedenen oligarchischen Gruppen ist, zeigt auch der Fall Euronews. Die Ukraine hatte dem ukrainischsprachigen Dienst des Senders die Lizenz entzogen, vorgeblich wegen rechtlicher Probleme. Eigentlicher Grund war wohl jedoch, dass Firtasch finanzielle Kontrolle über den ukrainischen Dienst erlangt hatte. Während das Argument, Oligarchen müssten einen Beitrag zur Reform leisten, allgemein gesprochen richtig sein mag, hat die AMU nur die Unterstützung eines Oligarchen, während mindestens drei andere vergrätzt wurden.

Insgesamt könnte das Unterfangen somit zu einer Partnerschaft für Neopatrimonialisierung werden, anstatt der Ukraine einen Modernisierungsanschub zu geben. Um es mit Thomas Carothers zu halten: Die Mission ist entscheidend, zuweilen hapert es jedoch bei den Missionaren.

Übersetzung aus dem Englischen: Christina Riek

Über den Autor:

Fabian Burkhardt, M. A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Ukrainische Milliardäre in der Forbesliste 2015

Tabelle 1: Ukrainische Milliardäre in der Forbesliste 2015

Rang in der weltweiten Forbesliste	Rang in der Ukraine	Name	Geschätztes Vermögen (Mrd. US\$)	Alter
#201	1	Rinat Achmetow	6,7	48
#1250	2	Wiktor Pintschuk	1,5	54
#1415	3	Ihor Kolomojskyj	1,3	52
#1500	4	Hennadij Boholjubow	1,25	53
#1638	5	Jurij Kosiuk	1,1	46

Quelle: <http://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static_country:Ukraine>

Tabelle 2: Ukrainische Milliardäre in der Forbesliste 2005–2015

Jahr der Forbesliste	Zahl der Miliardäre	Geschätztes Gesamtvermögen (Mrd. US\$)
2005	3	4,7
2006	3	4,1
2007	7	14,2
2008	7	29,3
2009	4	6,7
2010	5	13,2
2011	8	30,3
2012	8	31,1
2013	10	32,1
2014	9	26,6
2015	5	11,85

Quellen: <<http://stats.areppim.com/rich.htm>> für die Jahre 2005–2006, <http://www.forbes.com/lists/2007/10/07billionaires_The-Worlds-Billionaires_Rank.html>, <http://www.forbes.com/lists/2008/10/billionaires08_The-Worlds-Billionaires_Rank_print.html>, <http://www.forbes.com/lists/2009/10/billionaires-2009-richest-people_The-Worlds-Billionaires_Rank.html>, <http://www.forbes.com/lists/2010/10/billionaires-2010_The-Worlds-Billionaires_Rank.html>, <http://www.forbes.com/lists/2011/10/billionaires_2011.html>, <http://stats.areppim.com/listes/list_billionairesx12xnat.htm#ukraine>, <http://stats.areppim.com/listes/list_billionairesx13xnat.htm>, <http://stats.areppim.com/listes/list_billionairesx14xnat.htm#ukraine>, <http://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static_country:Ukraine>. Zusammenfassung der Ukraine-Analysen.

9. – 22. März 2015

09.03.2015	Zwei Anführer der Separatisten in den »Volksrepubliken« von Luhansk und Donezk, Wladislaw Dejnogo und Denis Puschilin, weisen darauf hin, dass am 14. März 2015 die Frist ablaufe, bis zu der laut den Vereinbarungen von Minsk das ukrainische Parlament Gesetzesvorschläge erarbeiten muss, um den besetzten Regionen im Osten des Landes einen besonderen politischen Status einzuräumen. Sie fordern zudem, dass an der Durchführung von Regionalwahlen gearbeitet werden soll. Die Vereinbarungen zu verschleppen, gefährde den Friedensprozess.
09.03.2015	Bei einer Veranstaltung zu Ehren des 200. Geburtstages des ukrainischen Nationaldichters Taras Schewtschenko werden auf der Krim mehrere Menschen verhaftet, am Abend jedoch wieder freigelassen. Ein Aktivist erklärt, gegen ihn sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.
10.03.2015	Parlamentssprecher Wolodymyr Hrojsman erklärt, dass gewählte Vertreter der umkämpften Regionen im Donbass eingeladen seien, an den Gesprächen zur Dezentralisierung teilzunehmen. Bisher seien das die Amtsträger, die bei den Regionalwahlen 2010 gewählt wurden. Nach Durchführung international bestätigter Regionalwahlen in den besetzten Gebieten könnten auch neue Repräsentanten an den Gesprächen teilnehmen.
10.03.2015	Nachdem das Parlament am 4. März 2015 zwei Richtern und einer Richterin die Immunität entzogen hatte, werden sie nun vom Dienst suspendiert. Ihnen wird die unrechtmäßige Verurteilung einiger Aktivisten des so genannten Automaidan im Jahr 2014 vorgeworfen.
10.03.2015	Der ehemalige Abgeordnete der Partei der Regionen, Stanislaw Melnik, wird in seinem Haus im Gebiet Kiew tot aufgefunden. Die Polizei geht von einem Selbstmord aus und erklärt, er habe einen Abschiedsbrief hinterlassen. Dies ist der zweite Selbstmord eines ehemaligen Abgeordneten der Partei der Regionen innerhalb von zwei Wochen.
10.03.2015	Die Pressestelle des Präsidenten Petro Poroschenko erklärt, Poroschenko habe in einem Telefonat mit dem französischen Präsidenten Francois Hollande vereinbart, weiter auf die Einrichtung einer Friedensmission in der Ostukraine zu dringen. Poroschenko habe außerdem beklagt, dass es im Hinblick auf den vereinbarten Gefangenen-austausch mit den separatistischen Truppen bisher keine Fortschritte gebe.
10.03.2015	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet eine Reihe von Gesetzen, die der Internationale Währungsfonds zur Auflage seiner Kredithilfen gemacht hatte. Darunter fallen unter anderem die Beschränkung der Pensionsleistungen für arbeitende Rentner und die Steuerfreiheit von Spenden an Binnenflüchtlinge. Das Parlament hatte die Gesetze am 2. März 2015 verabschiedet.
11.03.2015	Die US-Regierung erklärt, die Vereinigten Staaten würden die ukrainische Armee mit unbewaffneten Drohnen und gepanzerten Fahrzeugen unterstützen, jedoch zunächst keine tödlichen Waffen in das Land entsenden. US-Präsident Barack Obama erklärt, eine Waffenlieferung zu diesem Zeitpunkt würde den Konflikt anheizen. Er betont jedoch, die endgültige Entscheidung stehe noch aus.
11.03.2015	Laut der Pressestelle der Armee der Ukraine haben Bürger der Armee seit Beginn der »Anti-Terror-Operation« etwa 155 Millionen Hrywnja gespendet. Nach aktuellem Kurs sind das ca. 6,7 Millionen Euro.
11.03.2015	Der europäische Kommandeur der NATO-Truppen, Philip Breedlove, erklärt, die Anzahl russischer Soldaten in der Ukraine habe sich seit Abschluss der Verhandlungen in Minsk am 12. Februar 2015 nicht verändert. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg wirft Russland vor, die Separatisten weiterhin mit Waffen und Personal zu unterstützen.
11.03.2015	Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, gibt bekannt, dass der IWF sein EFF-Programm (Extended Fund Facility) für die Ukraine mit Krediten in Höhe von insgesamt 17,5 Milliarden US-Dollar bewilligt habe. Es sei auf vier Jahre angelegt.
12.03.2015	In Odessa wird bei einer Explosion das lokale Büro der Partei Selbsthilfe beschädigt. Die Fraktion der Partei im Parlament umfasst 32 Abgeordnete, die vorrangig aus kleinen und mittelständischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen stammen.
12.03.2015	Die »Volksrepublik Luhansk« stellt die Ausstrahlung wichtiger ukrainischer Fernsehkanäle sowie des russischen Senders »Doschd« ein und begründet den Schritt mit dem Schutz »nationaler Interessen«.
12.03.2015	Vertreter der OSZE-Beobachtermission erklären, dass weniger Verletzungen des Waffenstillstands registriert würden und dass weiterhin schwere Artillerie abgezogen werde. Man habe jedoch noch immer Schwierigkeiten zu überprüfen, ob die abgezogenen schweren Waffen auch an ihrem Unterbringungsort verbleiben. Das ukrainische Verteidigungsministerium beschuldigt unterdessen die Separatisten der »Volksrepublik Donezk«, den Ort Schiroke aus Granatwerfern zu beschießen. Schiroke liegt östlich der von der Ukraine kontrollierten Stadt Mariupol.
12.03.2015	Der ständige Rat der OSZE verlängert das Mandat der Organisation in der Ostukraine um ein Jahr. Es gilt nun bis zum 31. März 2016. Auch die geplante Aufstockung der Beobachter auf 1000 wird in dem Dokument bestätigt.

12.03.2015	Der stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Mychaylo Kowal, erklärt, das Gremium habe einen Beschluss über die Grenzen des Gebietes gefasst, in dem laut Minsker Vereinbarungen ein politischer Sonderstatus gelten soll. Der Beschluss sieht vor, dass dieser Sonderstatus nicht in den Gebieten gilt, die von den Separatisten nach den ersten Minsker Gesprächen vom 19. September 2014 eingenommen wurden.
13.03.2015	Die erste Rate des Kredits des Internationalen Währungsfonds in Höhe von fünf Milliarden US-Dollar wird ausbezahlt. Der Gesamtumfang des Kredits beträgt 17,5 Milliarden Dollar.
13.03.2015	Vor der Kiewer Stadtverwaltung demonstrieren ca. 500 Menschen gegen steigende Lebenshaltungskosten und die Sozialpolitik der Stadt.
13.03.2015	Auf der Krim wird die ukrainische Journalistin Natalia Kokorina vom russischen Geheimdienst FSB festgenommen, nachdem dieser ihre Wohnung durchsucht hatte. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin und die Beauftragte für Pressefreiheit der OSZE, Dunja Mijatović, fordern ihre Freilassung.
13.03.2015	Laut einer Umfrage des Unternehmens GfK Ukraina von Anfang Februar 2015 sind 32 % der Ukrainer zu allen notwendigen Konzessionen bereit, um den Krieg im Donbass zu beenden. Weitere 29 % fordern begrenzte Zugeständnisse. 21 % der Befragten sprechen sich dafür aus, keinerlei Zugeständnisse zu machen und den Donbass militärisch zurückzugewinnen.
13.03.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass der ukrainische Generalmajor vom Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrum der Mission eine Liste mit abgezogenen schweren Waffen übergeben habe. Er habe ihr außerdem uneingeschränkte Bewegungsfreiheit zu Kontrollzwecken zugesagt.
14.03.2015	Ukrainische Ärzte werden zur in Moskau inhaftierten ukrainischen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko vorgelesen. Sawtschenko hatte vor einigen Tagen ihren Hungerstreik nach 83 Tagen beendet. Die Ärzte bescheinigen ihr einen insgesamt stabilen Gesundheitszustand, empfehlen jedoch konstante medizinische Überwachung.
14.03.2015	Präsident Petro Poroschenko bringt am Abend einen Gesetzesvorschlag zur Festlegung derjenigen Regionen, die mit einem politischen Sonderstatus ausgestattet werden sollen, ins Parlament ein. Die Ukraine hatte sich in den Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 dazu verpflichtet, innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten der Beschlüsse über eine Autonomie »bestimmter Gebiete« in den Regionen Donezk und Luhansk zu entscheiden. Diese Frist läuft mit dem heutigen Tag ab.
15.03.2015	Präsident Petro Poroschenko beklagt in einem Interview mit der deutschen BILD-Zeitung, dass der Waffenstillstand nicht eingehalten werde. Separatisten hätten seit seinem Inkrafttreten insgesamt 1100-mal ukrainische Stellungen und von der Ukraine kontrollierte Orte beschossen. Poroschenko fordert von der EU weitere Sanktionen gegen Russland, das weiterhin die Separatisten unterstütze. Poroschenko hält sich zu einem zweitägigen Besuch in Deutschland auf.
16.03.2015	Die russische Nachrichtenagentur Tass zitiert den Donezker Separatistenführer Oleksandr Sachartschenko mit der Forderung, alle Dokumente und Gesetze des ukrainischen Parlaments, die den Status der beiden »Volksrepubliken« betreffen, mit diesen abzusprechen.
16.03.2015	Die Ukraine schließt sieben lokale Übergangspunkte an der Grenze zu Russland. Anwohner müssen nun auf größere offizielle Grenzübergänge ausweichen. Die Ukraine hatte zuvor den Vertrag mit Russland über den so genannten »kleinen Grenzverkehr« unilateral aufgekündigt. Zudem brauchen russische Staatsbürger seit März zur Einreise in die Ukraine einen Reisepass.
16.03.2015	Nach Auskünften ihrer Anwälte nimmt die in Russland inhaftierte ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko ihren Hungerstreik wieder auf.
16.03.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt nach seinem zweitägigen Besuch in Deutschland, dass die Bundesregierung der Ukraine Hilfskredite in Höhe von 500 Millionen Euro bis zum 1. April zugesagt habe.
17.03.2015	Andrej Teteruk, Abgeordneter der Partei Volksfront, betont, das Parlament werde nicht mit den Separatisten über Gesetze abstimmen. Der Anführer der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, hatte am Vortag gefordert, bei Gesetzesprojekten mit Bezug zu den betreffenden Gebieten im Donbass die Separatisten einzubeziehen.
17.03.2015	Der Anführer der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, erklärt in einem Interview mit Journalisten der russischen Nachrichtenagentur Interfax, dass langfristig alle Gebiete unter Kontrolle der Separatisten gebracht werden sollten, in denen am 11. Mai 2014 das von den Separatisten organisierte Referendum stattgefunden hat. Dies schließt auch Städte ein, die von der Ukraine kontrolliert werden, u. a. Mariupol und Slowjansk.
17.03.2015	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das die Grenze der Regionen festlegt, die einen politischen Sonderstatus erhalten sollen. Das Parlament verfügt außerdem, dass dieser Sonderstatus erst in Kraft treten soll, nachdem auf den Gebieten Wahlen durchgeführt worden sind, die ukrainischem Recht unterliegen und internationalen Standards genügen.

17.03.2015	In einem Beschluss bezeichnet das Parlament die von Separatisten kontrollierten Gebiete als »vorübergehend besetztes Territorium«.
17.03.2015	Eine Mehrheit von 341 Abgeordneten stimmt im Parlament dafür, die Vereinten Nationen und die EU um die Einrichtung einer Friedensmission zu ersuchen.
18.03.2015	Die Beobachtermission der OSZE registriert in der Gegend um den Flughafen von Donezk Schüsse aus schweren Waffen in beide Richtungen. Die Mission stellt außerdem Verletzungen des Waffenstillstands bei Schirokine östlich von Mariupol fest.
18.03.2015	Die Separatistenanführer Oleksandr Sachartschenko und Ihor Plotnizkyj erklären, dass das am Vortag vom ukrainischen Parlament verabschiedete Gesetz, mit dem der politische Sonderstatus an die Durchführung international anerkannter Wahlen nach ukrainischem Recht gebunden wird, den Friedensprozess blockiere. Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet das Gesetz am Abend.
18.03.2015	Die staatliche Statistikbehörde vermeldet, dass der Warenexport in die EU im Jahr 2014 um 31 % gefallen sei.
18.03.2015	Das Ministerium für Regionalentwicklung gibt bekannt, dass die Tarife für Endverbraucher von Warmwasser und Fernwärme zum 1. April um 55 % bzw. 73 % ansteigen werden.
18.03.2015	Justizminister Pawlo Petrenko erklärt, die Regierung habe eine Antikorruptionsbehörde geschaffen, deren Hauptaufgabe es sein werde, bis Ende des Jahres ein elektronisches System zur Offenlegung der Einkünfte von Staatsbediensteten zu entwickeln. Parallel zur neuen Behörde existiert bereits ein Antikorruptionsbüro.
18.03.2015	Der Chef der OSZE-Beobachtermission, Ertugrul Apakan, erklärt, der Abzug der schweren Waffen sei noch nicht abgeschlossen.
19.03.2015	In Mykolajiw beginnen 35 britische Militärausbilder mit einem zweimonatigen Training für Angehörige der ukrainischen Armee. Großbritannien hatte sich bereiterklärt, insgesamt 75 Ausbilder in die Ukraine zu entsenden.
19.03.2015	Informationsminister Ihor Stez erklärt, dass mithilfe polnischer Technologie mehrere ukrainische Fernsehsender in die von Separatisten kontrollierten Gebiete übertragen würden. Dort war vor einigen Tagen die Ausstrahlung ukrainischer Kanäle blockiert worden.
19.03.2015	Nach mehreren erfolglosen Versuchen in den vergangenen Wochen verabschiedet das Parlament ein Gesetz, das es ermöglicht, bereits beim Besitz von über 50 % der Aktien eines Unternehmens eine Aktionärsversammlung einzuberufen. Zuvor hatte das Quorum bei 60 % der Aktien gelegen. Es geht bei dem Gesetz um den Energiekonzern »Ukrnafta«, der zu 42 % von der »Privat«-Gruppe des Oligarchen Ihor Kolomojski kontrolliert wird. Dieser hatte zuvor eine Aktionärsversammlung blockiert. Die Gesetzesänderung erlaubt es dem Staat, der den Rest der Aktien hält, auf einer solchen Versammlung die Ausschüttung von 2 Milliarden Hrywnja an Dividenden ins Staatsbudget durchzusetzen.
19.03.2015	Das Parlament verabschiedet in zweiter Lesung ein Gesetz zur Einführung einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt.
20.03.2015	Bei Verhandlungen mit dem Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn droht der Oligarch und Gouverneur des Gebiets Dnipropetrowsk, Ihor Kolomojskyj, nach Medieninformationen mit 2.000 bewaffneten Unterstützern, die bei einem Konflikt mit staatlichen Strukturen mobilisiert werden könnten. Das Ministerkabinett hatte am 19. März 2015 den Kolomojskyj nahestehenden Vorstandsvorsitzenden des Staatsunternehmens Ukrtransnafta, Oleksandr Lasorko, entlassen. Kolomojskyj hatte daraufhin veranlasst, die Zentrale des Unternehmens gewaltsam zu stürmen. Präsident Petro Poroschenko erklärt am Abend, die Entscheidung, die Führung von Ukrtransnafta auszuwechseln, habe Bestand und müsse durchgesetzt werden. In einem weiteren gegen Kolomojskyj gerichteten Schritt hatte das Parlament am 19. März 2015 durch eine Gesetzesänderung Kolomojskyjs »Privat«-Gruppe die Kontrolle über die Dividendenausschüttung beim Energieunternehmen Ukrnafta entzogen. Auch bei Ukrnafta kontrolliert Kolomojskyj den Vorstand.
20.03.2015	Die staatliche Statistikbehörde gibt bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 um 6,8 % im Vergleich zum Vorjahr gefallen sei.
21.03.2015	Präsident Petro Poroschenko stellt dem Oligarchen und Gouverneur des Gebiets Dnipropetrowsk, Ihor Kolomojskyj, einen offiziellen Verweis aus. Kolomojskyj hatte in der Nacht zuvor im Zusammenhang mit dem Konflikt um das Unternehmen Ukrtransnafta einen Journalisten übel beschimpft. Die Regierung hatte den Kolomojskyj nahestehenden Vorstandsvorsitzenden des Staatsunternehmens, Oleksandr Lasorko, ausgewechselt.
21.03.2015	Bei trilateralen Gesprächen in Brüssel erzielen Russland und die Ukraine eine erste Einigung bezüglich weiterer Gaslieferungen. Russland solle zu Beginn jedes Quartals die Möglichkeit prüfen, vom Exportzoll abzusehen. Kiew solle seinerseits genug Gas beziehen, um einen reibungslosen Transit nach Westeuropa sicherzustellen.

21.03.2015	Im Donbass verschärft sich die Situation. Im von der Regierung kontrollierten Awdijiwka wird ein Zivilist getötet. Die OSZE registriert auf beiden Seiten der Front Panzer in Regionen, aus denen schwere Waffen bereits hätten abgezogen werden sollen.
22.03.2015	Refat Tschubarow wird als Vorsitzender des Medschlis der Krimtataren wiedergewählt.
22.03.2015	In Kiew verstellen bewaffnete Männer unbekannter Herkunft den Eingang des Unternehmens Ukrnafta. Beim Versuch, das Gebäude zu betreten, wird der Abgeordnete und Journalist Mustafa Nayyem nach eigenen Angaben mehrfach geschlagen. In den vergangenen Tagen war ein Konflikt um das Unternehmen zwischen dem Oligarchen und Gouverneur Ihor Kolomojskyj, dessen Privat-Gruppe 42 % der Anteile an Ukrnafta hält, und dem Staat entbrannt. Das Parlament hatte Kolomojskyj per Gesetzesänderung die Kontrolle über die Dividendenaus-schüttung entzogen. Innenminister Arsen Awakow dementiert unterdessen Gerüchte, nach denen es sich bei den bewaffneten Männern um Angehörige des weitgehend von Ihor Kolomojskyj ausgerüsteten Freiwilligenbataillons »Dnipro-1« handelt. Auch der Kommandeur des Bataillons, Jurij Beresa, streitet dies ab.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>